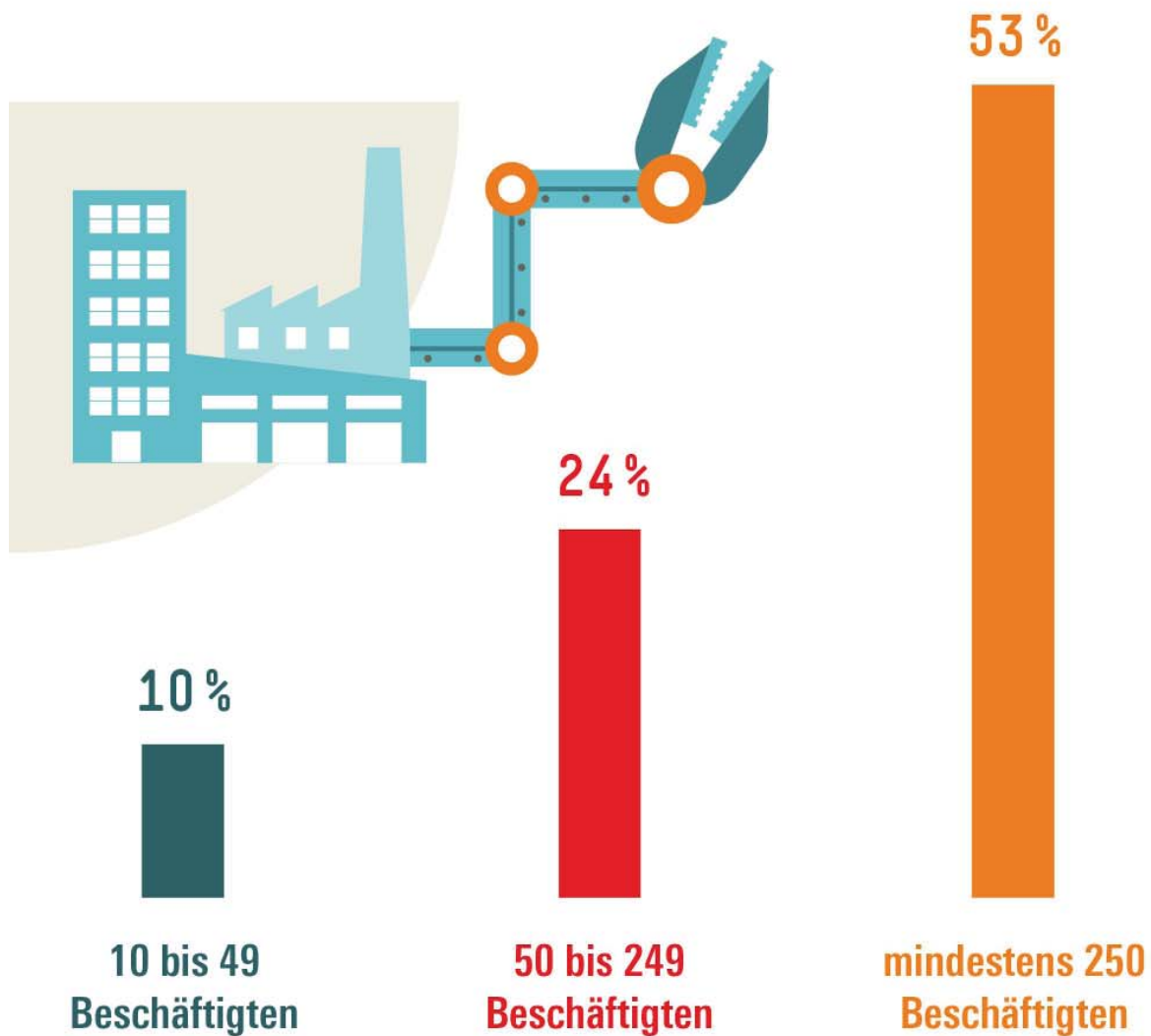


## INDUSTRIE

### Roboter in jedem zweiten Großunternehmen

Auf Roboter setzen von den Industrieunternehmen mit ...



# LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Vom 19. bis 23. Februar 2019 fand die didacta in Köln statt, die sich selbst als größte Bildungsmesse bezeichnet. An zwei Tagen besuchte ich die Halle 6, welche die Bereiche Berufliche Bildung und Digitalisierung vertrat. Sowohl der Besucheransturm als auch die vielfältigen Ausstellungsstände selbst vermittelten mir das Bild, die Digitalisierung ist auch an den Schulen voll angekommen. Was mir auch auffiel: immer mehr Anbieter offerieren nicht nur ihre Produkte, sondern bieten hierzu auch Schulungen an. Und: eine Fülle von Referaten, Foren und Podiumsgesprächen boten reichlich Diskussionsstoff zu den Zukunftsfragen, wie gestaltet sich die Arbeit 4.0 und die Digitale Transformation und daran anknüpfend, was sind die Konsequenzen daraus für die Berufliche Bildung insgesamt, die Beruflichen Schulen sowie die zukünftigen Qualifikationsanforderungen.

Zu Letzterem. Einigkeit besteht – auch in der Literatur – darüber, dass Kompetenzen wie Soziale Intelligenz, Empathie, Kreative Intelligenz, vernetztes und interdisziplinäres Denken, Lernen an cyber-physischen Systemen und vielfältigen Datenformaten, Umgang mit Unwägbarem, Fähigkeiten zur Kommunikation und Kooperation etc. zukünftig einen deutlich höheren Stellenwert erfahren, also eine Abkehr von spezialisiertem Wissen hin zu breit angelegten Qualifikationen und Befähigungen. In diesem Zusammenhang erfahren m.E. die beruflichen Schulen – insbesondere auch die Berufsschule als Teil des

Dualen Systems – einen erheblichen Bedeutungszuwachs. Denn sie ist der Ort, an dem diese Kompetenzen systematisch und strukturiert entwickelt werden können und vor allem auch die angesichts der gravierenden Veränderungsprozessen erforderliche Gestaltungs- und Interventionskompetenz.

**B**etroffenheit: Auf der didacta gab es mehrere Referate und Diskussionen zur Substituierbarkeit der derzeitigen Berufe bzw. Tätigkeiten. 2015 haben Dengler und Matthes im Auftrag des IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) und basierend auf der Expertendatenbank BERUFENET untersucht, welche charakteristischen Aufgaben (Tätigkeiten) eines Berufs in der Theorie (nicht nur die Berufe nach BBiG) zum jetzigen Zeitpunkt von Computern oder computergesteuerten Maschinen verrichtet werden können, also automatisierbar sind. Daraus entwickelt wurde das Online-Tool „Job-Futuromat“, mit dem die Substituierbarkeitspotenziale, d.h. die potentielle Automatisierbarkeit in einzelnen Berufen aufgezeigt werden kann. Gibt man z.B. den Beruf des/der Industriemechaniker/in – Produktionstechnik ein, so erhält man, dass alle Tätigkeiten zu 100% automatisierbar sind, bei Industrieelektroniker/in – Produktionstechnik zu 86% und bei Kfz-Mechatroniker/in zu 80%.

**B**ei alledem ist aber nicht zu vergessen: Berufliche Schulen und auch die Berufsschule des Dualen System haben einen **Bildungsauftrag**. Sie dürfen auch bei der Digitalisierung nicht darauf reduziert werden, nur funktional für die Arbeitswelt/Wirtschaft zu qualifizieren.

Dieter Freidt

## INHALTSVERZEICHNIS

Kulturelle Dimension der Digitalisierung	3
News	4
Politische Bildung	6
Ausschwitz nicht noch einmal	8
HPRL-Intern	10
Virtual Reality und Berufliche Bildung	12
Macht Digitalisierung die Schule besser?	14
Digital-Pakt: Bewertung	15
Neue Publikationen	16
Ablehnung von Berufen	17
Gegen die Digitalisierung der Allgemeinen Pädagogik	18
Dritte Chance in Produktionsschulen	20
Misere der Lehramtsausbildung für berufliche Schulen	22
Nichtbesetzung von A-15-Stellen	25
IGM-Duale Kompetenzprüfung	26
Schrank der kleinen Hilfen – Help4you	28
Bildungspolitische Vereinbarungen CDU/SPD – Analyse	29
Modellunternehmen als Lernanlass und –gegenstand	30
Veranstaltungen	32

# BILDUNGSPOLITIK MUSS DIGITALE BILDUNG IN SCHULE UMFASSENDE DENKEN

**Die kulturelle Dimension der Digitalisierung bietet Schulen innovative pädagogische Zugänge – Rat für Kulturelle Bildung legt Strategien vor** Essen, 16. Januar 2019

„Digitalisierung ist ein kultureller Prozess“ – mit dieser zentralen These positioniert sich der Rat für Kulturelle Bildung in seiner Denkschrift *„Alles immer smart. Kulturelle Bildung, Digitalisierung, Schule“* zur aktuellen Debatte um die digitale Bildung in der Schule. Die Kernaussage der fünften Denkschrift des Rates lautet: Die Digitalisierung lässt sich weder hinreichend verstehen noch gestalten, wenn man ihre kulturelle Dimension nicht berücksichtigt und sie lediglich als technologischen Vorgang betrachtet. Kulturelle Bildung hat eine Schlüsselfunktion für das Verständnis von und den Umgang mit Digitalisierung. Bisher wird zudem zu wenig erkannt, wie tief die Digitalisierung in das Selbstverständnis der Schulen sowie die dort praktizierten Lernformen eingreift. Deshalb erfordert der digitale Wandel nicht nur die Definition neuer Kompetenzfelder, sondern auch die Ermöglichung einer gezielten Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrenden. „Die Politik berücksichtigt derzeit weder das originär Innovative der digitalen Medien noch trifft sie mit dem ‚DigitalPakt‘ ausreichend den Kern einer weitreichenden Schulentwicklung. Mit der Denkschrift unterstützt der Rat für Kulturelle Bildung die Schulen und die Politik dabei, die Digitalisierung pädagogisch sinnvoll zu gestalten und schlägt kurz- und langfristige Strategien für den digitalen Wandel an Schulen vor.

## Digitalisierung als kultureller Prozess

Kinder und Jugendliche entwickeln vor allem bei den kreati-

ven Kulturangeboten mit Musik, Fotografie, Tanz und Videos Freude und Interesse an der Digitalisierung. Die Digitalisierung ist als menschengemachte kulturelle Technik von ästhetischen Komponenten tief durchdrungen. Digitales Gestalten, ob in der Schule, im Privatleben oder im Beruf, ist stark dominiert von Design, von audiovisuellen Aspekten, von bildhaften und darstellerischen Inszenierungen oder non-verbaler Kommunikation – all das

ten und Akteure der Kulturellen Bildung – Produzierende, Künstler, Kulturpädagogen und Kulturvermittler – einbeziehen, sowie mit außerschulischen Kooperationspartnern wie Bibliotheken oder anderen digitalen Vorreitern im Kulturbereich zusammenarbeiten. So können beispielsweise zeitgemäß ausgestattete Räumlichkeiten genutzt werden, neue Materialien wie beim 3D-Druck ausprobiert oder audiovisuelle Techniken für Film, Video und digitales Ge-



Komische Oper Berlin „My Square Lady – VON MENSCHEN UND MASCHINEN“

sind Kernbereiche der Kulturellen Bildung. „Die Digitalisierung bringt neue Ästhetiken sowie Materialitäten hervor und ermöglicht neue Raumerfahrungen. Wie kein anderer Bildungsbereich ist die Kulturelle Bildung prädestiniert, diese pädagogisch zugänglich zu machen“.

## Empfehlungen an Politik und Schule

Der Rat schlägt kurz- wie auch langfristige Strategien vor: Schulen können kurzfristig innovative Wege der Kulturvermittlung beschrei-

stalten erlernt werden. Zudem muss die Lehreraus- und -weiterbildung angepasst werden – dabei sollten die Bereiche Digitalisierung und Kulturelle Bildung stärker miteinander verknüpft werden.

*Publikation:  
ALLES IMMER SMART.  
Kulturelle Bildung, Digitalisierung, Schule - Denkschrift des Rates für Kulturelle Bildung.  
Das PDF sowie ein Flipbook der Denkschrift unter [www.rat-kulturelle-bildung.de/publikationen](http://www.rat-kulturelle-bildung.de/publikationen).*

## Ausbildungsvergütung für ErzieherInnen

Der Bund will den Ländern helfen, mehr Erzieher\*innen für eine bessere Arbeit in den Kitas zu finden. Zusätzlich zu den zugesagten 5,5 Milliarden Euro aus dem Kita-Gesetz will die Familienministerin den Ländern rund 300 Mio. Euro für eine Fachkräfteoffensive zuschießen. Das Geld soll dazu dienen, Erzieher\*innen während der Ausbildung zu vergüten. Bisher werden für die ersten beiden Ausbildungsjahre an einer Fachschule für Sozialpädagogik keine Ausbildungsvergütung bezahlt. *solik-aktuell 03-2019*

## Berufsbildungsbericht 2019

Der neue Berufsbildungsbericht 2019 ([www.bmbf.de/de/berufsbildungsbericht-2740.html](http://www.bmbf.de/de/berufsbildungsbericht-2740.html)) sowie der dazugehörige BIBB-Datenreport ([www.bibb.de/datenreport-2019](http://www.bibb.de/datenreport-2019)) sind erschienen.

## Dossier zu freien Bildungsmaterialien

Auf der Website open-educational-resources.de gibt es ein Dossier zu Open Educational Resources in der beruflichen Bildung. Das Dossier des Bundesinstituts für Berufsbildung umfasst grundsätzliche Informationen zu freien Bildungsmaterialien, Praxisbeispiele, Literatur zum Thema sowie Erklärvideos. Open Educational Resources – kurz OER – bezeichnen digitale Lehr- und Lernmaterialien, die Nutzern gratis zur Verfügung

stehen und durch eine freie Lizenz gekennzeichnet sind.

## Wirtschaft in demokratischer Perspektive

Seit 2015 produziert die globalisierungskritische Organisation Attac die Reihe „**Wirtschaft demokratisch gestalten lernen**“. Erschienen sind bisher vier Materialien:

- ☛ Europa nach der Krise?
- ☛ TTIP & Co: Handelsvertrag sticht Demokratie?
- ☛ Kapitalismus - oder was? Über Marktwirtschaft und Alternativen
- ☛ Globalisierte Finanzmärkte - 10 Jahre nach der großen Krise

Die Materialien bereiten exemplarische Konflikte didaktisch auf.

Alle Materialien stehen zum kostenlosen Download im Netz (<https://www.attac.de/bildungsangebot/bildungsmaterial/attac-bildung/>) bereit.

## Duales Studium

Was duale Studiengänge den Teilnehmenden bringen haben Forscher\*innen vom Institut Arbeit und Qualifikation der Uni Duisburg-Essen untersucht. Sie haben knapp 9.300 dual Studierende zum Übergang Studium-Beruf befragt.

[www.boeckler.de/pdf/p\\_study\\_hbs\\_413.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_study_hbs_413.pdf)

## E-Autos als Klimasünder

Elektroautos entlasten die deutsche Klimabilanz nach einer Studie des Kölner Physikprofessors Christoph Buchal nur auf dem Papier – in Wirklichkeit erhöhten sie den CO<sub>2</sub>-Ausstoß sogar. Sobald der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei der Herstellung der Batterien und der deutsche Strommix in der Rechnung berücksichtigt werde, belaste ein E-Auto das Klima um 11 bis 28 Prozent mehr als ein Diesello, heißt es in der vom Ifo-Institut veröffentlichten Studie.

*DE 18.04.2019*

## Unterrichtsmaterial

Im Lehrerportal zur sozioökonomischen Bildung der Hans-Böckler-Stiftung gibt es wieder Neues: Unterrichtseinheit Arbeitsbelastung und UE Lohnungleichheit. Unter Grafiken für den Unterricht sind aktuelle Forschungsergebnisse grafisch aufbereitet und nach Themen wie Arbeitswelt im Wandel, Europa, Globalisierung, soziale Ungleichheit etc. sortiert. [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

## Gülle ohne Ende

27 Millionen Schweine und 12 Millionen Kühe in Deutschland produzieren 140 Millionen Kubikmeter Gülle im Jahr. Und: Jährlich vergibt die Europäische Union 58 Milliarden Euro an Agrarsubventionen, unabhängig davon, ob die Flächen umweltfreundlich bewirtschaftet werden oder nicht. Mehr unter [www.greenpeace.de/agrarwende2050](http://www.greenpeace.de/agrarwende2050).



### **Kooperation zum Lehrermangel an Berufskollegs**

*Die Universität Siegen und die Technische Hochschule (TH) Köln haben einen Kooperationsvertrag zur Ausbildung von Lehrkräften für Berufskollegs unterzeichnet.*

Viele Berufskollegs in NRW haben Schwierigkeiten, Lehrerinnen und Lehrer zu finden – insbesondere im Technik-Bereich herrscht extremer Bedarf. Die Universität Siegen und die Technische Hochschule (TH) Köln haben jetzt eine Kooperation vereinbart, die dazu beitragen soll, den Lehrermangel zu lindern: Wer an der Fachhochschule in Köln einen Bachelor in den Fächern Elektrotechnik oder Maschinenbau abschließt, kann an der Uni Siegen ein auflagenfreies Masterstudium für das Lehramt am Berufskolleg mit den Fächern Elektrotechnik, Fahrzeugtechnik, Technische Informatik, Fertigungstechnik und Maschinenbautechnik anschließen. Der jetzt unterzeichnete Kooperationsvertrag ermöglicht den TH-AbsolventInnen diesen direkten Weg in das Masterstudium an die Uni Siegen, um mit einem Master of Education abzuschließen.

**Quelle: Newsletter Monitor Lehrerbildung Januar 2019**

*Anmerkung: Das wäre doch auch ein Vorbild für Hessen!?! (DS)*

**Herr von Hirschhausen, Bildungspolitik genießt in Deutschland einen eher ernsten Ruf. Könnten wir hierzulande beim Thema Schule & Bildung ein bisschen mehr Humor vertragen?**

Auf jeden Fall! Ich erinnere mich selbst noch gut an einige meiner Lehrer, obwohl meine Grundschulzeit ja schon über 40 Jahre her ist. Kaum zu glauben, denn sie

sind mir immer noch sehr präsent, nicht so sehr mit dem, was sie mir beigebracht haben, sondern durch ihre Persönlichkeit. Und von jedem Lehrer weiß ich noch, ob er Humor hatte oder nicht. Die wichtigste Unterrichtsvorbereitung für Lehrer ist also, sich kurz vor dem Betreten des Klassenraums klar zu machen: Ich präge gerade Herzen und Hirne für ein Leben und ich freue mich, meine Begeisterung für mein Fach zu multiplizieren. Und wer bei dem Gedanken nicht anfängt zu lächeln, sollte gleich wieder ins Lehrerzimmer zurück!

**Aus: Bildungsklick 14.02.2019**

### **Cyber-Attacken und Wirtschaftskriminalität**

Bei diesen Begriffen denken die meisten zuerst an Hacker, Industriespione oder missgünstige Wettbewerber. Weit gefehlt: Laut einer vom Digitalverband Bitkom und dem Bundesamt für Verfassungsschutz 2017 veröffentlichten Studie sind für fast zwei Drittel der in Unternehmen durch Datendiebstahl, Spionage und Sabotage entstandenen Schäden die eigenen Mitarbeiter verantwortlich.

**Quelle: IHK-Report 03-2019**

### **Digitale Lernprojekte**

Die Bundesregierung fördert zahlreiche Projekte in ganz Deutschland, die digitales Lernen in der beruflichen Bildung verankern. Zu finden auf: [www.qualifizierungdigital.de](http://www.qualifizierungdigital.de)

### **Hohe Zustimmung für Büromanagementausbildung**

*Das BIBB prüft aktuell den Weiterentwicklungsbedarf der Ausbildung von Kaufleuten für Büromanagement. Dieser Beruf wurde vor ca. 5 Jahren entwickelt und nun liegen erste Ergebnisse vor.*

„Die Evaluierung soll Erkenntnisse

darüber liefern, ob die zunächst zur Erprobung eingeführten Regelungen ab 2020 in Dauerrecht überführt werden können und welche Änderungen gegebenenfalls bereits vorher umgesetzt werden sollten. Dabei sind vor allem die gestreckte Abschlussprüfung, die Ausbildungsinhalte sowie die damals neu geschaffenen Wahl- und Zusatzqualifikationen zu überprüfen.

Eine deutliche Mehrheit der in einer Online-Befragung adressierten Ausbildungsverantwortlichen, Lehrkräfte, Prüfungsausschussmitglieder und Berufeverantwortlichen haben die Ausbildungsordnung und die Erprobungsverordnung gut angenommen und bewerten diese insgesamt positiv.“

**Aus: igm-wap 29.03.2019**

### **Gewerkschaftsgeschichte multimedial**

Von Kinderarbeit und Dampfmaschine hin zu Globalisierung und Digitalisierung: Das Internetportal zeigt mit historischen Fotos, Videos und Audios, wie sich Arbeitswelt, Wirtschaft, soziale Situation und Arbeiterbewegung seit 1830 entwickelt haben.

[www.gewerkschaftsgeschichte.de](http://www.gewerkschaftsgeschichte.de)



**Zusammenstellung und Ausführungen Dieter Staudt**

# POLITISCHE BILDUNG ANGESICHTS VON EXTREMISMUS

Eine demokratisch verfasste und freiheitliche Republik ist auf freie, selbstbewusste und politisch mündige Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Die politische Bildung fördert diese politische Mündigkeit, indem sie in Schulen, Betrieben, Hochschulen, in der Jugendarbeit und der Erwachsenenbildung mit ihren Lernangeboten die politische Urteils- und Handlungsfähigkeit von Menschen entwickeln hilft und zu politischem Engagement ermutigt. In diesen Lernangeboten können Menschen sich frei äußern, neues Wissen und Verstehen erwerben und sich auch mit ihnen bislang weniger vertrauten politischen Sichtweisen auseinandersetzen.

Das Spektrum solcher, durch die Meinungsfreiheit gedeckter Sichtweisen ist groß. Es schließt auch solche Positionen ein, die als *radikal* gelten können, weil sie besonders konsequent einzelne Prinzipien oder Überzeugungen ins Zentrum stellen – als radikale Basisdemokratie etwa, als radikaler Marktliberalismus, als radikale Kapitalismuskritik, als bedingungslose universalistische Moral, als dogmatisches religiöses Denken oder als nationaler Patriotismus. Solche radikalen Sichtweisen mögen in ihrer Einseitigkeit kritikwürdig, überzogen sein und verstörend wirken. Sie bewegen sich aber im Bereich legitimer kontroverser Auffassungen, bei denen zwar zu den Aufgaben politischer Bildung gehört, kritische Reflexion anzulegen. Es ist aber nicht Aufgabe der politischen Bildung, deren Zulässigkeit prinzipiell zu bestreiten und Diskursverbote zu etablieren.

Anders verhält es bei *politisch-em Extremismus*, der sich gegen Kernprinzipien der konstitutionellen Demokratie wendet.

„Die Demokratisierung der Wirtschaft ist so unsinnig wie die Demokratisierung der Schule, der Kaserne und der Zuchthäuser“  
(Düsseldorfer Industriekurier 1965)

Als extremistisch können solche politischen menschen- und demokratiefeindlichen Positionen gelten, die die rechtsstaatlich verfasste und menschenrechtsbasierte Demokratie, die freiheitliche Republik selbst und damit auch die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger beseitigen wollen.

Wir haben es heute in der westlichen Welt im Wesentlichen mit drei Formen des politischen Extremismus zu tun:

Die Vorstellungswelt des *Rechtsextremismus* ist von der Idee eines ethnisch und kulturell homogenen Volkes geprägt. Dabei wird von der Ungleichwertigkeit der Menschen ausgegangen und anderen Menschen als den Angehörigen des eigenen Volkes rechtliche Gleichheit und gleiche Menschenwürde abgesprochen. Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind daher zentrale Elemente rechtsextremen Denkens. Das Gesellschaftsverständnis des Rechtsextremismus ist antipluralistisch, antidemokratisch und antiliberal. Verbunden mit einer aggressiven Rhetorik werden der demokratische Verfassungsstaat und die freiheitlich-demokratische

Grundordnung abgelehnt und bekämpft. Angestrebt wird ein illiberales, autoritär-diktatorisches Herrschafts- und Staatsmodell. Oft ist damit die Verharmlosung des Nationalsozialismus und die Leugnung oder Relativierung seiner Verbrechen verbunden.

Von *Linksextremismus* ist dann zu reden, wenn sich Kapitalismuskritik mit einer generellen Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner Organe einer grundsätzlichen Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols sowie einer Relativierung der individuellen Rechte derjenigen verbindet, die als politische Gegner gelten. Freiheit für Andersdenkende, Pluralismus, Rechtsstaat und Gewaltenteilung werden in linksextremistischen Ideologien einem Gesellschaftsverständnis untergeordnet, das auf die Durchsetzung einer egalitären und ideologisch formierten gesellschaftlichen Einheit zielt. Gegenwärtige Spielarten von Linksextremismus knüpfen an verschiedene kommunistische und anarchistische Traditionen an und verharmlosen die dabei entstandenen Diktaturen und terroristischen Bewegungen.

Der *Islamismus* und seine terroristische Zuspitzung, der Dschihadismus, stellen eine freiheitsfeindliche Ideologie dar, die sich auf eine religiöse Begründung beruft. Überdies wird mit dem Anspruch, den „wahren Islam“ zu vertreten, ein Monopolanspruch erhoben, der mit der Intoleranz gegenüber anderen Verständnissen des Islams wie gegenüber anderen Re-

ligionen einhergeht. Extremistisch ist der Islamismus deshalb, weil er unter Berufung auf eine gottgewollte Ordnung jede von Menschen gemachte politische Ordnung ablehnt und sich daher gegen Demokratie und die Vielfalt von Lebensformen wendet. Im Dschihadismus wird überdies aus einer angeblichen „Demütigung aller Muslime“ das Recht auf die gewaltsame Bekämpfung der freien Gesellschaften abgeleitet.

In allen drei Extremismen gibt es eine Affinität zu Gewalt oder mindestens zu deren Rechtfertigung. In allen dreien finden sich auch Formen des Antisemitismus. Trotz dieser Gemeinsamkeiten gibt es zweifellos erhebliche Unterschiede. Wenn wir unterschiedliche Extremismen benennen und vergleichen, dann heißt dies jedoch keineswegs, dass wir sie gleichsetzen sowie die Gegensätze und Gegenschaften zwischen ihnen verkennen. Wir verbinden dies auch nicht mit der Annahme, dass sie gegenwärtig als Gefährdungen von Demokratie und Menschenrechten gleichermaßen einflussreich sind.

Politische Bildung ist eine Anwältin von Aufklärung und Humanität sowie der Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger. Sie muss deshalb dem politischen Extremismus in allen seinen Formen entgegenzutreten. Als Bildungsangebot kann sie dies vor allem dadurch tun, dass sie die Denkweisen und

Weltverständnisse extremistischer Ideologien problematisiert, kritisiert und auf die aus ihnen folgenden Konsequenzen für das menschliche Zusammenleben hin analysiert. Umgekehrt hat politische Bildung die Aufgabe, das Verstehen der Grundprinzipien demokratisch-freier Ordnungen zu fördern und offensiv für sie einzutreten

oder Hetze einzelne Menschen oder soziale Gruppen ausgrenzen oder abwerten wollen.

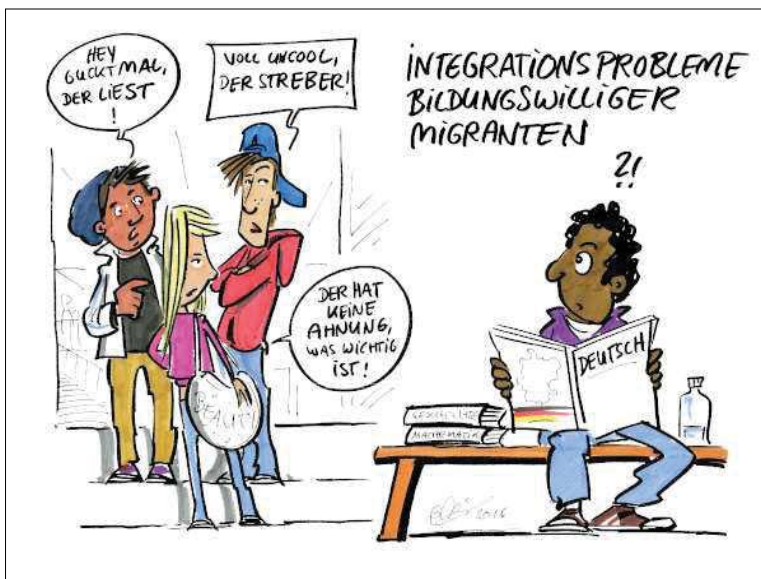
Zugleich ist politische Bildung eine pädagogische Veranstaltung. Daher darf sie im schulischen Unterricht oder in Veranstaltungen außerschulischer Bildung Lernende nicht als politische Gegner

behandeln. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben Anspruch auf persönlichen Respekt, selbst wenn sie bislang extremismusaffine Meinungen vertreten. Politische Bildung muss in ihrer eigenen Praxis „die Intoleranz gegenüber jeder Intoleranz mit der Toleranz gegenüber den noch Intoleranten verbinden“ (Wolfgang Hilligen). Politische Bildung ist ein Ort der Einübung und Pflege des Dialogs und der friedlichen Konflikt-

austragung, auch über harte Fronten hinweg. Auch dadurch kann sie einen unverzichtbaren Beitrag zu einer freiheitlichen politischen Kultur leisten, gerade angesichts der Herausforderungen durch politischen Extremismus.

Wir rufen alle in der politischen Bildung tätigen Institutionen und Personen auf, in diesem Sinn selbstbewusst zur Verteidigung der Republik gegen extremistische Versuchen beizutragen. Die politisch Verantwortlichen rufen wir auf, die politische Bildung in Schulen und außerschulischer Bildung nachhaltig zu stärken.

9. November 2018



– Prinzipien wie Menschenwürde und Grundrechte, Rechtsstaat und Gewaltenteilung, Volkssouveränität und Recht auf Opposition, Humanität und Solidarität. Ferner muss politische Bildung eine Kultur des Respekts vor den Institutionen der Republik und vor Andersdenkenden fördern – Polizisten sind keine „Bullen“, gewählte Politiker keine „Volkverräter“, Nicht-Muslime keine „Ungläubigen“.

In diesem Zusammenhang gehört es zu den Aufgaben politischer Bildung, auch solchen Formen von Populismus, politischer Propaganda und anderer medialer Kommunikation entgegenzutreten, die mit gezielten Falschmeldungen, Verleumdungen, Hassbotschaften

Erstunterzeichner/innen:

Kurt Edler, Studiendirektor i. R. (Hamburg), Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik, Prof. Dr. Benno Hafener, Philipps-Universität Marburg, Prof. Dr. Wolfgang Sander, Justus-Liebig-Universität Gießen, Prof. Dr. Albert Scherr, Pädagogische Hochschule Freiburg



# DASS AUSCHWITZ NICHT NOCH EINMAL SEI...

Vom 25. Januar bis zum 29. Januar fand in diesem Jahr das regelmäßige Seminar zum Holocaustgedenken der polnischen, österreichischen, israelischen und deutschen Lehrgewerkschaften statt. Auch die GEW war unter der Leitung von Marlis Tepe (Bundesvorsitzende) aus allen Bundes-

Marek Zajac beschrieb die Arbeit für die Schaffung der Ausstellung des Museums Auschwitz, die damit einhergehenden Intentionen und die Schwierigkeiten, eine Ausstellung zu diesem Thema am Ort dieser unfassbaren Taten zu gestalten. Die Seminargruppe hatte auch Gelegenheit, Auschwitz zu besuchen und

schen oder deutschen Unterricht die Thematik oft an einen anderen Unterrichtsstoff angeknüpft – was evtl. leichter fällt, da der Holocaust in diesen Ländern stattgefunden hat. Über alle Gewerkschaftsgruppen hinweg wurde ein Unterricht präsentiert, der die menschlichen Werte und die menschliche Würde in den Vordergrund stellt, die es zu schützen und zu verteidigen gilt. Alle Teilnehmer\_innen verband die tiefe Überzeugung, dass Bildung der Schlüssel dafür ist, Gräueltaten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorzubeugen. Oft glitten die Unterhaltungen und Diskussionen im Seminar in die Gegenwart ab und es wurde über rechte Tendenzen auf der Welt und in Europa gesprochen. Wie nahe die Gegenwart und die Vergangenheit beieinanderliegen kann an einem Ort wie dem Konzentrationslager Auschwitz gut wahrgenommen werden, dazu braucht es noch nicht einmal die nationalistischen Demonstranten, die am Gedenktag der Auschwitz-Befreiung vor dem Museum



gebieten nach Krakau gereist, um bei dem Austausch und Gedenken mitzuwirken. Neben der Teilnahme an den Gedenkfeierlichkeiten zur Befreiung von Auschwitz an der Gedenkstätte in Auschwitz-Birkenau stand der Austausch zum politischen Unterricht für die Zeit nach dem Holocaust auf dem Programm der Veranstaltung. Jede der teilnehmenden Gewerkschaften ließ einzelne Praxisbeispiele durch ihre Mitglieder vorstellen. Hoch interessant waren die Einblicke in die politische Bildungsarbeit, die die Kolleginnen und Kollegen in den unterschiedlichen Ländern leisten.

Unterstützt wurde das Seminar, welches in Krakau stattfand, von Vertretern der Friedrich-Ebert-Stiftung Warschau und durch Referate von Marek Zajac (international ausschwitz council) und Marzanna Pogorzelska (Universität Opole).

die Ausstellung zu besichtigen, die mit Hilfe von Überlebenden des Massenmords in Auschwitz und Birkenau angefertigt worden war.

Der Austausch der vielen Lehrer-Kolleginnen und -Kollegen im Rahmen des Seminars erweiterte den eigenen Horizont, die Ansatzpunkte der verschiedenen Teilnehmer\_innen waren vielfältig und spiegelten wider, wie eine Auseinandersetzung mit dem Holocaust auch immer eine Auseinandersetzung mit der eigenen und der Geschichte des Landes ist, in dem man lehrt. Während es im israelischen Unterricht expliziter um den Holocaust geht, wird im polni-



aufmarschierten. Die Stringenz, mit der das KZ gebaut und betrieben worden ist, macht die dahinterstehende Überzeugung deutlich. Dieser Überzeugung gilt es, auch heutzutage zu begegnen und sie zu bekämpfen, denn diese Überzeugung hat die Zeiten überdauert und



sucht sich ihre Gelegenheiten, wo die Menschen ihr nicht Widerstand leisten.



Eine befremdliche Situation, die die Notwendigkeit solcher Seminare und politischer Bildung in all ihrer Breite und Vielfalt deutlich werden lässt, konnte die Seminargruppe während der Gedenkfeierlichkeiten in Birkenau erleben. Viele Teilnehmer\_innen der Gedenkveranstaltung nahmen die Gelegenheit wahr, für die, ihrer Meinung nach, bessere Wahrnehmung der polnischen

Während des Seminars konnten alle Beteiligten viele neue Eindrücke sammeln und sich mit Kolleginnen und Kollegen über Ländergrenzen hinweg austauschen. Und die Tatsache, dass alle Teilnehmer\_innen des Seminars die Bemühungen vereint, mit Bildung gegen antidemokratische und menschenverachtende Überzeugungen einzutreten, gibt Kraft und Inspiration. Nicht zuletzt Adorno und Horkheimer hoben schon die Bedeutung der Bildung als präventives Mittel hervor, als sie schrieben: „Paranoia ist das Symptom des Halbgebildeten.“ (M. Horkheimer, T.W. Adorno (1969): Dialektik der Aufklärung, S. 175) und „Stereotyp jedoch greift Halbbildung in ihrer Angst nach

der ihr jeweils eigenen Formel, um bald das geschehene Unheil zu begründen, bald die Katastrophe, zuweilen als Regeneration verkleidet, vorherzusagen.“ (ebenda S.175) Auch mahnende Worte schrieben Adorno und Horkheimer bezogen auf das Bildungswesen, welche wohl damals wie heute höchst aktuell sind. „Heute aber, wo Bildung überhaupt aus ökonomischen

Gründen abstirbt, sind in ungeahntem Maßstab neue Bedingungen für die Paranoia der Massen gegeben.“ (ebenda S.176)

In diesem Sinne sind solche Veranstaltungen, wie das Seminar zum Holocaustgedenken und der ständige Austausch aller Tätigen im Bildungswesen eine wichtige und schöne Sache, um nicht zuletzt Kraft für die eigene Arbeit und die eigene Überzeugung zu haben und zu sammeln.

*Text & Fotos: Dan Löwenbein*

### Material gegen Rechts

Die „Gelbe Hand“ richtet sich mit einer neuen Website an Berufsschullehrkräfte. Die neue Seite „Unterrichtsmaterial.gelbehand.de“ präsentiert Handreichungen und Ablaufpläne mit Hinweisen, Bildern und Karikaturen. Wie kann ich extrem rechte Meinungen erkennen, was tue ich gegen sie? Eine Suchmaske sorgt dafür, dass die richtige Unterrichtseinheit gefunden wird, mit Handout, Fragebögen und Präsentationen. Die Materialien wurden mit dem Ziel entwickelt, Antirassismus als Teil der Ausbildung zu etablieren und den Lehrkräften eine selbstständige Behandlung von extrem rechten Haltungen im Unterricht zu erleichtern. Die Unterrichtsmodule (90 min. für die Schule) sollen dazu dienen, ausgrenzende Denk- und Verhaltensmuster unter den Auszubildenden und Berufsschüler\*innen zu identifizieren und ihnen Alternativen zu vermitteln.



Opfer des Nationalsozialismus und des Holocausts zu demonstrieren. Diese Demonstranten sorgten für einige Irritationen in der Delegation aus Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftlern, weil die Frage laut wurde, wen diese Demonstranten mit den polnischen Opfern meinen, wenn doch die ermordeten Juden aus Polen ebenfalls polnische Staatsbürger (Polen) waren.

der ihr jeweils eigenen Formel, um bald das geschehene Unheil zu begründen, bald die Katastrophe, zuweilen als Regeneration verkleidet, vorherzusagen.“ (ebenda S.175) Auch mahnende Worte schrieben Adorno und Horkheimer bezogen auf das Bildungswesen, welche wohl damals wie heute höchst aktuell sind. „Heute aber, wo Bildung überhaupt aus ökonomischen

Der Koalitionsvertrag ist in seinen Aussagen wenig konkret. Bisher ist im Ministerium noch nicht zu erfahren, was davon wann und wie umgesetzt werden soll. Im Mai wird der Minister dem HPRLL Rede und Antwort stehen. Vielleicht wird dann Einiges konkreter.

## QUEM – Aktuelle Situation

Hierbei handelt es sich um eine Quereinsteigsmaßnahme in den Bereichen Metall und Elektro (wir hatten darüber bereits berichtet). Die Bewerber\*innen haben meist einen Fachhochschulabschluss und sollen in dieser dreijährigen Maßnahme zum Lehramt Berufsbildende Schulen qualifiziert werden. Es sind zurzeit 35 Teilnehmende, verteilt auf 26 Schulen. Die Qualifizierung begann am 1. September 2018, sofern die Bewerber\*innen die Kündigungsfristen in ihren bisherigen Jobs einhalten konnten. Die Letzten wurden Anfang Dezember eingestellt. Dies führte schon zu Problemen, da die später Eingestellten in kurzer Zeit Versäumtes nachholen mussten.

Das erste Halbjahr beinhaltete Präsenzzeiten in der universitären Weiterbildung (1. allgemeines Unterrichtsfach Mathematik oder Informatik; 2. Berufspädagogik; 3. Grundwissenschaften). Zusätzlich waren 2 Stunden Hospitation an den Schulen vorgesehen. An den Studienseminaren fand parallel die Veranstaltung „Grundlagen spezifischer Herangehensweisen“ mit 7 halben Präsenztage statt. Hier sollen Inhalte der Module

„Erziehen Beraten Betreuen“ und „Diagnostizieren, Fördern, Beurteilen“ vermittelt werden.

Im zweiten Halbjahr sind in der Summe 17 volle Tage Präsenzveranstaltungen universitäre Weiterbildung verpflichtend. Davon 11 Tage á 8 Stunden für Berufspädagogik, Grundwissenschaften und das allgemeine Unterrichtsfach. Dazu kommen 13 Halbtage im Studienseminar mit „Grundlagen spezifischer Herangehensweisen“ und dem Modul „berufliche Fachrichtung“. Gleichzeitig stehen wöchentlich 8 Stunden eigenverantwortlicher Unterricht und zwei Stunden Hospitation in der Schule auf dem Plan.

Im 3. Halbjahr sind dann 7 Präsenztage á 8 Stunden universitäre Weiterbildung und 12 halbe Präsenztage im Studienseminar mit der Veranstaltung „Grundlagen spezifischer Herangehensweisen“ und einem Modul „Unterrichtsfach“, 14 Stunden eigenverantwortlicher Unterricht und zwei Stunden Hospitationen verpflichtend. Das 4. Halbjahr ist wie das 3. Halbjahr. Im 5. Halbjahr fällt die universitäre Weiterbildung weg, das Studienseminar bleibt und die Unterrichtsverpflichtung steigt auf 16 Stunden. Im Prüfungshalbjahr sind 8 Halbtage Prüfungsvorbereitung und 23,5 Stunden Unterrichtsverpflichtung vorgesehen.

Die Stimmung unter den Teilnehmenden ist sehr angespannt. Die neuen Kolleg\*innen klagen über eine extrem hohe Belastung durch Leistungsnachweise der universitären Weiterbildungs-

‘Schiene’. Die in der Ausschreibung dafür ausgewiesenen 720 Arbeitsstunden - verteilt auf 18 Schulwochen - sind nach Aussagen der Teilnehmenden nicht realistisch. Sie arbeiten zum Teil mehr als 60 Stunden die Woche, Sonn- und Feiertage werden durchgearbeitet.

Das Problem in den nächsten Halbjahren wird die hohe Unterrichtsverpflichtung sein. Es ist zu bedenken, dass die Teilnehmenden zumeist FH- Ingenieur\*innen sind ohne irgendeine pädagogische Ausbildung vorher. Sie benötigen deshalb wesentlich mehr Zeit zur Vorbereitung einer Unterrichtsstunde, wie Leute mit erstem Staatsexamen oder fertig ausgebildete Lehrkräfte. Bei der Berechnung der Pflichtstunden unter Abzug der Ausbildungszeiten wurde aber der für ausgebildete Lehrkräfte angewendete Schlüssel zugrunde gelegt.

Bei einem Gespräch mit der Verantwortlichen für die universitäre Weiterbildung wurde eine Reduzierung der Leistungsnachweise in Aussicht gestellt. Gleichzeitig wurden die Verantwortlichen für die Weiterbildung gegenüber dem HKM initiativ. Sie forderten weitere Ressourcen, damit die Pflichtunterrichtsstunden an die der Referendar\*innen angepasst werden.

Was anscheinend immer noch fehlt, ist die Betreuung an vielen Schulen. So gibt es kaum Doppelsteckungen und kaum Entlastungsstunden für Mentor\*innen. Hier sind die Schulleitungen gefordert, dies von ihren Schulleitungen einzufor-

stellen. Da wegen des Mangels an Lehrkräften in den Bereichen Metall und Elektro die dafür vorgesehenen Stellen nicht besetzt werden können, müssten Mittel zur Entlastung da sein. Die Alternative ist, dass viele wegen Überlastungen abbrechen, oder aufgrund der Überlastungen die Qualität der Maßnahme und deren Ergebnisse darunter leiden. Es ist nun abzuwarten, wie Kultusministerium und Schulleitungen agieren, bevor der HPRLL aktiv wird.

### QUEM – Zahlen

Nach Auskunft des Ministeriums gab es 147 Bewerbungen, von denen 127 zugelassen werden konnten. Davon haben 8 Personen wieder zurückgezogen. In der Fachrichtung Metalltechnik wurden 18 Personen eingestellt und es stehen noch 48 Personen auf der Liste. In der Fachrichtung Elektrotechnik wurden ebenfalls 18 Personen eingestellt. Dort stehen noch 35 Personen auf der Liste. Eine Person hat gekündigt, da sie andere Vorstellungen vom Beruf hatte.

Es wäre somit möglich, um den Lehrkräftebedarf noch weiter zu decken, eine weitere Maßnahme mit den verbliebenen Bewerbungen neu aufzulegen. Das Ministerium prüft momentan eine Fortsetzung der Maßnahme. Da die Schüler\*innenzahlen demnächst wieder steigen und auch viele Kolleg\*innen in Ruhestand gehen werden, wäre dies endlich mal eine Maßnahme mit Weitsicht über die zeitlichen Grenzen der Legislaturperiode hinaus.

### Weiterbildung Darstellendes Spiel

Im Rahmen der Änderungen des

Schulgesetzes wurde die Möglichkeit geschaffen, auch im Beruflichen Gymnasium das Fach Darstellendes Spiel anzubieten. Davon wurde bisher wenig Gebrauch gemacht, da es kaum Berufsschullehrkräfte mit der Lehrbefähigung für dieses Fach gibt.

Das Ministerium legte dem HPRLL eine Weiterbildungsmaßnahme zum Erwerb der Lehrbefähigung im Darstellenden Spiel vor. Die Weiterbildung war jedoch nicht für Lehrkräfte mit Beruflichem Lehramt ausgeschrieben. Der HPRLL regte an, dass die Maßnahme auch für Berufsschullehrkräfte geöffnet wird. Das Ministerium folgte der Anregung des HPRLL, so dass es jetzt auch Lehrkräften mit Lehramt BBS möglich ist, das zusätzliche Fach Darstellendes Spiel zu erwerben. Somit können in Zukunft die Beruflichen Gymnasien dieses Fach öfters anbieten.

### Richtlinie Berufspraktikum Fachschule Sozialpädagogik

Der Richtlinienentwurf zur Durchführung des dritten Jahres der Erzieher\*innenausbildung wurde dem HPRLL zur Stellungnahme vorgelegt. Da aus den Schulen überwiegend positive Resonanz zu den Neuerungen kam, hat der HPRLL den Richtlinienentwurf zur Kenntnis genommen.

### Sozialpädagogische Fachkräfte - UBUS

Das Ministerium hat im Winter allen Berufsbildenden Schulen eine Viertelstelle zur sozialpädagogischen Unterstützung zugewiesen. Bei der Größe Beruflicher Schulen und dem dort bestehenden Bedarf an sozialpädagogischer Unterstützung ist dies ein Witz.

Aber anstatt wie einige Schulen hinzugehen und die Stellen durch Stunden aus anderen Töpfen (Sozial- und Integrationsindex, 104/105%-Zuweisung) zu einer vollen Stelle aufzustocken, was der UBUS Erlass hergibt und vom Ministerium auch empfohlen wird, werden oft Viertelstellen ausgeschrieben. Damit die neuen Kolleg\*innen über die Runde kommen, müssen sie dann noch bei einem oder auch mehreren anderen Arbeitgebern tätig sein. Und: jemand, der nur etwas mehr als einen Tag die Woche in der Schule ist, ist nur sehr begrenzt eine Unterstützung.

Hier gilt der dringende Aufruf an die Schulpersonalräte, ihre Schulleitung anzusprechen, die Stellen aufzustocken, und an die Schulleitungen, den Anregungen des Schulpersonalrats zu folgen.

### Berufliches Gymnasium – OAVO

Die OAVO (Oberstufen- und Abiturverordnung) soll an die auf der Bundesebene beschlossenen Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz angepasst werden. Die wesentlichen Änderungen beziehen sich auf eine Verschärfung der Zulassungsbedingungen zur Abiturprüfung und auf eine Veränderung der Tabelle zur Umrechnung von Prozentpunkten in Notenpunkte.

In der Erörterung kritisierte der HPRLL die Tatsache, dass die jetzige Beteiligung zur Farce werde, da bereits auf Bundesebene die Entscheidungen getroffen wurden. Er mahnte an, zukünftig vor Entscheidungen auf KMK-Ebene angehört zu werden.

*Ralf Becker*



# VIRTUAL REALITY REVOLUTIONIERT BERUFLICHE BILDUNG

***Virtual und Augmented Reality können die Aus- und Weiterbildung in technischen Berufen revolutionieren – auch, weil man Fehler machen darf.***

Die berufliche Bildung muss die Mitarbeiter vom Schulabgang bis zum Rentenalter dabei unterstützen, mit dem aktuellen Stand der Technik Schritt zu halten. Vor einer besonderen Herausforderung steht dabei der Maschinen- und Anlagenbau als der größte industrielle Arbeitgeber in Deutschland. Viele Techniker dieser Branche sind hochspezialisierte Fachkräfte, die bestimmte Tätigkeiten nur durch eigene Erfahrungswerte und eine sehr intensive Ausbildung durchführen können. Neue digitale Medien bieten sich hier an, um die klassische Aus- und Weiterbildung zu erweitern. Aktuell sind es insbesondere

Augmented und Virtual Reality-Technologien, die nach einer ersten Verbreitung auf dem Spielmarkt die erforderliche Reife für einen betrieblichen Einsatz und in der Aus- und Weiterbildung erreicht haben.

Der Begriff „*Virtual Reality*“, kurz *VR*, übersetzt „*virtuelle Realität*“, ist in unterschiedlichen Bereichen zu finden. Mithilfe einer VR-Brille taucht der Nutzer in eine mit Computertechnik simulierte Realität ein und beeinflusst die Geschehnisse innerhalb dieser Welt. Das Eintauchen in die virtuelle Welt wird als Immersion bezeichnet. Bei der *Augmented Reality*, kurz *AR*, übersetzt „*erweiterte Realität*“, werden zusätzliche Informationen oder andere Elemente direkt in das Sichtfeld des Benutzers eingeblen-

det, während dieser, im Unterschied zur VR, weiterhin die echte Realität wahrnehmen kann. Für den Anwender stehen so zum Beispiel beim Blick durch eine AR-Datenbrille oder die Kamera des Smartphones die virtuellen Objekte und die reale Welt nebeneinander. Erste Projekte belegen bereits das große Potenzial dieser Techniken, um Mitarbeiter individuell in der Prozessdurchführung zu unterstützen oder um Arbeitsprozesse ohne echte Maschinen



zu erlernen. Eines dieser Projekte nennt sich „*Glassroom*– Kompetenzaufbau, -entwicklung und -definition in virtuellen Lebenswelten des Maschinen- und Anlagenbaus“.

» Das Projekt „GLASSROOM“ verbindet Virtual und Augmented Reality für die Aus- und Weiterbildung im Maschinen- und Anlagenbau. » Das Lernen am virtuellen Objekt ermöglicht es den Nutzern, risikofrei Fehler zu machen und aus ihnen zu lernen. » Eine Augmented-Reality-Brille kann Azubis auch bei der tatsächlichen Arbeit unterstützen.

Ziel des Projektes ist die Unterstützung der Aus- und Weiterbildung im technischen Kundendienst mit einem virtuellen Training und

AR während der Arbeit. *Glassroom* wird am Lehrstuhl für Informationsmanagement und Wirtschaftsinformatik, IMWI, der Universität Osnabrück durchgeführt und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Der Ansatz eröffnet insbesondere Menschen mit Behinderung neue Chancen, aktiv am betrieblichen Alltag teilhaben zu können.

## **Virtual Reality: Training ohne Fehlerrisiken**

Im Projekt wird durch die Kombination einer Virtual-Reality-Brille und einer Gestensteuerungskomponente eine virtuelle Welt erschaffen, die nicht nur betrachtet, sondern mit der auch interagiert werden kann. Essentiell ist dabei, dass die Gestik des Nutzers, wie der Griff nach einem Werkzeug, in die virtuelle Welt übertragen wird. In dieser Umgebung werden dann virtuelle Schulungen durchgeführt. Auf Basis bestehender Konstruktionsdaten generiert *Glassroom* eine virtuelle Darstellung der Maschine, an der geschult werden soll, und bettet sie in die virtuelle Umgebung ein. Darüber hinaus werden erforderliche Arbeitsschritte wie das Auswechseln von kaputten Teilen in die virtuelle Lernumgebung geladen, sodass der Nutzer durch den Arbeitsprozess geführt wird. So können auch schwer zu erlernende Arbeitsschritte in der VR erprobt werden. Der virtuelle Trainer ermöglicht ein Training ohne Fehlerisiken, Lernende können sich auf den wesentlichen Prozess fokussieren und angstfrei aus Fehlern lernen.

## Arbeiten mit Smart Glasses, Augmented-Reality-Brillen

Als Ergänzung des Lernkonzepts wird die Arbeit an den Maschinen vor Ort durch Augmented-Reality-Brillen, „Smart Glasses“, unterstützt. Während der Arbeit lassen sich Informationen in das Bild des Betrachters einblenden. Der Nutzer kann mittels Sprach-, Bild- und Objekterkennung ohne Benutzung der Hände durch die Informationen navigieren, zudem können ihm zum Beispiel abhängig von seiner Aufgabe und proaktiv Informationen bereitgestellt werden. Die eingeblendeten Anweisungen sind

dabei analog zur Trainingsumgebung in der Virtual Reality, sodass ein Wiedererkennungseffekt erzielt wird. Die Nutzer können so in der erweiterten Realität an der realen Maschine die Prozessschritte genauso durchführen, wie sie es in der virtuellen Realität erlernt haben.

### Augmented Reality unterstützt Inklusion

Der Ansatz eröffnet insbesondere Menschen mit Behinderung neue Chancen, aktiv am betrieblichen Alltag teilhaben zu können. Augmented-Reality-Technologien können eine Hilfestellung leisten:

Sie bieten die Möglichkeit, Mitarbeiter individuell anzuleiten und somit im Einzeltraining zu qualifizieren und die Leistungs- und Lernprozesse an die Fähigkeiten jedes einzelnen Mitarbeiters anzupassen. Damit begegnet Augmented Reality den aktuellen Bedürfnissen der Unternehmen hinsichtlich beruflicher Aus- und Weiterbildung und Inklusion. Sie ermöglicht ein gemeinsames Arbeiten und Lernen aller Mitarbeiter.

*didacta DIGITAL • Prof. Julia Knopf, Prof. Oliver Thomas • 28.02.2019*

## Flugbegleiter üben mit Datenbrillen

Die Lufthansa schult ihre Flugbegleiter jetzt auch mit Hilfe virtueller Realität. In zwei Zentren in München und Frankfurt sollen jährlich rund 18 500 Flugbegleiter an sicherheitsrelevanten Lektionen teilnehmen. Mit Hilfe von Datenbrillen werden die Trainierenden in konkrete Situationen in der Flugzeugkabine gebracht. Die neue Methode sei effizienter und kostengünstiger als Trainings im Flugzeug oder einem realen Kabinen-Simulator.

*DE 10.01.2019*

Leseempfehlung zum Thema

### Schule digital – wie geht das?

Wie die digitale Revolution uns und die Schule verändert.

*Hrsg. Olaf-Axel Burow*

Burow beschreibt, wie die Digitalisierung durch sieben Revolutionen getrieben wird. Die Beschreibung der sieben revolutionären Herausforderungen wird ergänzt durch einen Reisebericht zu Schulen des Silicon Valley, einen Ausblick auf mögliche Zukünfte, den Entwurf eines Modells inklusiv-digitaler Bildung sowie Einblicke in die Praxis von Pionierschulen, die neue Formate erproben und Digitalisierungskonzepte umsetzen. ISBN 978-3-407-63131-2

## Firmen setzen beim Training von Mitarbeitern auf Virtual Reality

Zuerst den Vierkantschlüssel rausholen, dann zwei Sicherungshebel lösen und zahlreiche andere Handgriffe tätigen: Nachdem Zugbegleiter D.C. alle 28 Arbeitsschritte erledigt hat, ist der Hublift – eine Art Mini-Lift am Zug – ausgeklappt. Nun kann ein Rollstuhlfahrer rein in den ICE.

Doch der Rollstuhlfahrer ist gar nicht da. Und auch ein Zug ist nicht vor Ort. D.C. übt die Arbeitsschritte in einem Kölner Konferenzraum – mit einer Virtual-Reality-Brille. Die realitätsnahe Schulung soll die Zugbegleiter fit machen für den Tag, wenn auf einer Fahrt tatsächlich einmal ein Rollstuhlfahrer in den Zug soll. D.C. ist einer von rund 1000 Mitarbeitern der Deutschen Bahn, die 2018 mit der neuen Technik geschult wurden.

Die Bahn ist nur ein Beispiel für Firmen, die auf VR-Schulungen setzen. In der Industrie, im Gesundheitswesen oder im Rettungsdienst wird diese Technik ebenfalls bereits verwendet.

Auch der Motorsägenhersteller Stihl setzt auf Virtuelle Realität in einem Motorsägen-Simulator. Eine gefährliche Situation – das Fällen eines Baumes – wird in einer sicheren Umgebung geübt. Der Schulungsteilnehmer hält eine echte Säge in der Hand, auf der Sensortechnik angebracht ist. Mit dem Simulator wird nun das Fällen des Baumes Schritt für Schritt durchgegangen.

*DE 10.01.2019*

# MACHT DIGITALISIERUNG DIE SCHULE BESSER? KAUM, SAGT EINE STUDIE.

Von Paul Munzinger

Das Wehklagen über den Digitalpakt Schule hat einmal mehr gezeigt, wie viel sich einige Politiker und Experten von der modernen Technik im Unterricht versprechen. Manche erwarten nicht weniger als eine Revolution des Lernens und Lehrens. Wissenschaftliche Studien rechtfertigen diese Euphorie allerdings bislang kaum. Automatisch, so lassen sie sich zusammenfassen, bringt die Digitalisierung keineswegs besseren Unterricht hervor. Zu diesem Ergebnis kommt nun auch eines der größten bildungswissenschaftlichen Projekte überhaupt: die Studie des neuseeländischen Forschers John Hattie, die er seit einigen Jahren gemeinsam mit dem Augsburger Pädagogikprofessor Klaus Zierer fortführt. Zierers Fazit zur Digitalisierung: „Den Glauben, die digitale Technik werde das Lernen revolutionieren, müssen wir zurückweisen.“

Hatties Grundfrage lautete: Wovon hängt der schulische Erfolg von Kindern und Jugendlichen wirklich ab? Seine Antwort, 2009 in „Visible Learning“ veröffentlicht und weltweit aufgegriffen: vor allem vom Lehrer. Waren damals etwa 800 Metastudien in seine Analyse eingeflossen - also Studien, die Studien zusammenfassen -, sind es heute mehr als 1400, die wiederum fast 84 000 Einzelstudien berücksichtigen. Die jüngste Auskopplung ist soeben erschienen. Sie zeige, dass auch digitale Medien den Kern erfolgreichen Unterrichts nicht verändern könnten. Und dieser bestehe

in der Beziehung zwischen Schüler und Lehrer und dem Gespräch über das Gelernte.

## Digitale Medien können Lehrkräfte nicht ersetzen

„Lernen bleibt Lernen“, sagt Zierer. Positive Wirkungen durch den Einsatz moderner Technik ließen sich beim Fremdsprachenunterricht feststellen, beispielsweise durch Apps, die das Erlernen der Aussprache erleichterten. Gerade in der Mathematik oder den Naturwissenschaften aber, wo der potenzielle Nutzen digitaler Medien als besonders groß gilt, bleibe ihr Effekt „deutlich hinter den Erwartungen zurück“, sagt Zierer. Zwar gebe es durchaus Techniken wie Augmented Reality, die Experimente deutlich besser veranschaulichen könnten, als dies analog möglich wäre. „Doch durch das Mehr an digitalen Medien geht häufig die wichtige Zeit für die Reflexion mit den Lernenden verloren“, sagt Zierer. „Digitale Medien können

den Lehrer bestärken, aber nicht ersetzen.“ Deutlich negativ wirken sich laut Studie die Nutzung des Smartphones und sozialer Medien in der Freizeit auf den schulischen Erfolg aus. Weil sie nicht nur Zeit fürs Lernen koste, sondern auch für die nötige Regeneration des Gehirns.

Die Studie zeigt aber auch Wege, digitale Technik mit Gewinn einzusetzen: im Rahmen des sogenannten Flipped Classroom zum Beispiel. Diese Methode setzt darauf, in der Schule mehr Zeit für die Besprechung und die Vertiefung des Stoffs zu haben - indem die reine Wissensvermittlung aus dem Unterricht ausgelagert wird. Einige Lehrer lassen ihre Schüler zu diesem Zweck zu Hause Videos anschauen. Die Methode kann laut Studie sehr gut funktionieren - es hängt, natürlich, vom Lehrer ab.

*Süddeutsche Zeitung* 6. Januar 2019



Mit einem Tablet lernen Schüler nicht automatisch mehr. (Foto: Carmen Jaspersen/dpa)



# DIGITAL-PAKT SCHULE: ZUSAMMENFASSUNG UND BEWERTUNG

Der Digital-Pakt Schule ist am 21.02.2019 vom Bundestag und am 15.03.2019 vom Bundesrat beschlossen worden. Demnach kann der Bund künftig Investitionshilfen für den Ausbau der kommunalen digitalen Bildungsinfrastruktur an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen leisten. Mit dem Beschluss ist eine Änderung des Artikel 104c des Grundgesetzes einhergegangen, womit Bund und Länder das sogenannte Kooperationsverbot gelockert haben.

Der Digital-Pakt knüpft an die Strategie „Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie an die Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen Welt“ an.

## Welche Investitionen sind vorgesehen?

Der Bund wird die Länder mit einem Volumen von fünf Milliarden Euro, verteilt auf fünf Jahre (2019-2024) unterstützen. An allen Maßnahmen, die im Rahmen des Digital-Pakts vorgenommen werden, beteiligt sich der Bund zu 90 Prozent. Die Länder und Kommunen tragen zusätzlich mindestens 10 Prozent der Kosten. Damit beträgt das Gesamtvolumen 5,5 Milliarden Euro. Die Höhe der Mittel, die der Bund den einzelnen Ländern zur Verfügung stellt, ist in der Verwaltungsvereinbarung zum DigitalPakt Schule festgehalten.

## Was fördert der Bund?

Förderfähig sind Investitionen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, an Einrichtungen der Lehrerbildung der 2. und 3. Phase

und länderübergreifende Investitionen, soweit sie von Schulen unmittelbar nutzbar sind.

Dazu gehören:

- (schulisches) WLAN
- digitale Vernetzung von Schulgebäuden und Schulgeländen (z.B. Server)
- Aufbau und Weiterentwicklung digitaler Lehr- und Lernumgebungen (z.B. Portale, Cloudangebote)
- Anzeige- und Interaktionsgeräte (z.B. interaktive Tafeln oder Displays)
- digitale Arbeitsgeräte (z.B. für Natur- oder Sachunterricht)
- schulgebundene, mobile Endgeräte (z.B. Laptops, Tablets)\*
- Systeme, Werkzeuge, Dienste (meint Sachaufwand)
- Strukturen für die professionelle Administration und Wartung

*\* Die Förderhöhe für mobile Endgeräte ist auf 20 Prozent des Gesamtinvestitionsvolumens für alle allgemeinbildenden Schulen pro Schulträger oder auf 25.000 Euro pro Schule begrenzt.*

## Was fördert der Bund nicht?

- ♦ Ausgaben für Personal
- ♦ (Weiter)Entwicklung von pädagogischen Konzepten
- ♦ Fort- und Weiterbildung des Personals

## Bewertung:

Beim Digital-Pakt handelt es sich um ein zeitlich begrenztes Förderprogramm für die digitale Infrastruktur an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Es entlässt die Länder nicht aus ihrer Pflicht, den

digitalen Ausbau darüber hinaus voranzubringen.

Positiv ist zu bewerten, dass für den Digital-Pakt eine Grundgesetzänderung vorgenommen wurde, wonach der Bund den Ländern künftig für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen flächendeckend Finanzhilfe leisten kann. Damit wurde das sogenannte Kooperationsverbot gelockert.

Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Die digitale Ausstattung von Schulen und deren Nutzung muss dem Primat der Pädagogik folgen und immer eine pädagogische Erwägung sein.

Für die Gestaltung der pädagogischen Arbeit mit digitalen Geräten und Medien sind weiterhin die Länder und Schulen zuständig. Sie müssen differenzierte und intelligente pädagogische Konzepte entwickeln und umsetzen sowie die Lehrer\*innen im Umgang mit digitalen Lern- und Lehrmaterialien und zu Rechtssicherheit und Datenschutz weiterbilden.

Der DGB begrüßt, dass der Bund die zweckgebundene Mittelverwendung kontrollieren will. Die Paktmittel sollen in allen Schulformen, also auch in den beruflichen Schulen ankommen.

Der DGB will zudem dafür werben, die Anschubfinanzierung in eine dauerhafte und nachhaltige Finanzierung zu überführen und diese mindestens auch für die Einrichtungen der Erwachsenenbildung zu öffnen. **DGB-Kurzinfo 03/19**

Nach Hessen fließen Informationen zufolge 372 Mio. Euro bzw. 74 Mio. Euro jährlich.

# neue Publikationen



Axel Stommel

## Basics der Ökonomie

*Herrschende Lehren auf dem Prüfstand. Wirtschaftspolitik, Staat und Steuern*

Wirtschaft ist existenziell. Sie ist nicht nur das Gravitationszentrum der Politik, sondern prägt unser alltägliches Leben. Dennoch ist das Wissen über Wirtschaftsdinge erstaunlich unterentwickelt. In seinen *Basics der Ökonomie* macht der erfahrene Wirtschaftspädagoge Axel Stommel Schluss mit der weitverbreiteten Ahnungslosigkeit in Wirtschaftsfragen. In kritischer Auseinandersetzung mit herrschenden Lehren und in satirisch-leichter Atmosphäre zeichnet er für Fachfreunde und Fachfremde ein verständliches Bild unserer Wirtschaftsgesellschaft mit ihren Problemen und Stellgrößen.

Umfangreiche Hinweise am Ende der *Basics* bieten Material für eine weiterführende Beschäftigung mit der Ökonomie und ihren Eigenheiten.

ISBN 978-3-96317-129-1



Ulrike Kegler

## Lob den Lehrer\*innen

*Wer Beziehungen stärkt, macht Schule gut*

Schule, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, fördert Empathie, statt Instant-Fachwissen. Neue Raum- und Zeitstrukturen helfen dabei, ebenso wie Modifikationen des herkömmlichen Fachunterrichts. Ulrike Keglerts Buch geht mit vielen heiligen Kühen des deutschen Schulsystems unsanft ins Gericht. Sie bleibt dabei aber keinesfalls beim „So bitte nicht“ stehen, sondern setzt ein tiefgründi-

ges „So kann es gehen“ entgegen. „Ulrike Kegler hat nicht nur von einer besseren Schule geträumt – sie hat sie gemacht! Wenn ich diese Schule nicht mit eigenen Augen gesehen hätte, ich hätte sie für unmöglich gehalten“ (Richard David Precht)

ISBN 978-3-407-86500-7



Thomas Brezina

## Tu es einfach und glaub daran

*Wie du mehr Freude in dein Leben bringst*

„Das Lernen hört niemals auf. Nur wer immer neugierig bleibt und weiter lernt, der geht voran und lebt erfüllt und freudig. Da ist eine der wichtigsten Lektionen, die ich gelernt habe“ (Brezina). Und eine weitere: „Alles geschieht oder wirkt nur, wenn ihr es selbst versucht und macht“.  
ISBN 978-3-990-012840

# WARUM BERUFE NICHT GEWÄHLT WERDEN

**Selbst wenn ein Beruf ihren Tätigkeitsinteressen entspricht, neigen viele Jugendliche dazu, ihn bei ihrer Berufswahl fallenzulassen, wenn er ihnen nicht genügend soziale Anerkennung zu vermitteln scheint.**

BIBB-PM 25.03.2019

Darüber hinaus können ungünstige Rahmenbedingungen während der Ausbildung oder ungünstige Arbeitsbedingungen weitere Gründe dafür sein, einen als interessant wahrgenommenen Beruf gleichwohl auszuschließen. Das ist das zentrale Ergebnis einer Studie, die im Forschungsprojekt „Bildungsorientierungen“ des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) entstand. Die Ergebnisse beruhen auf einer schriftlichen Befragung von Schülerinnen und Schülern neunter und zehnter Klassen allgemeinbildender Schulen in Nordrhein-Westfalen.

Anlass für die Studie war das Problem vieler junger Menschen, am Ende des Jahres ohne Ausbildungsplatz dazustehen, obwohl die Zahl der unbesetzt bleibenden Ausbildungsplätze von Jahr zu Jahr steigt. Angebote der Berufsorientierung, die auf eine Ausweitung des Berufswahlspektrums zielen, waren bisher nur bedingt erfolgreich.

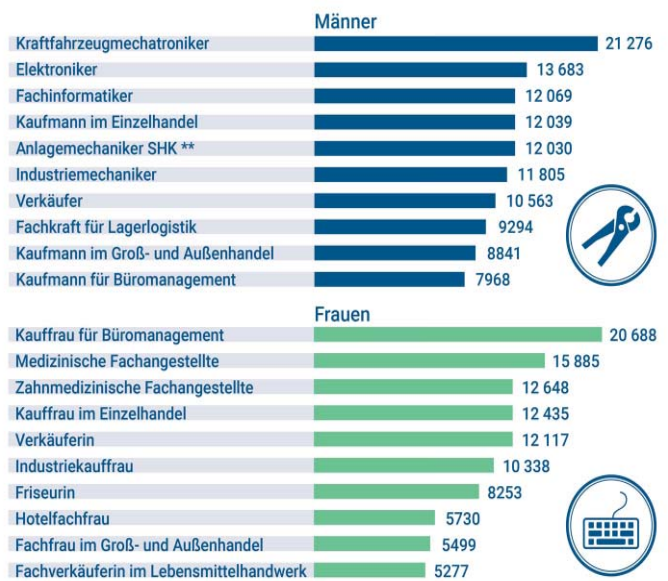
Daher fragt die BIBB-Studie weniger danach, was Jugendliche motiviert, einen bestimmten Beruf zu ergreifen (sogenannte „Attraktionsfaktoren“). Vielmehr interessiert, warum Berufe **nicht** gewählt werden. Dabei deutet sich an, dass die Nichtwahl von Berufen offenbar anderen Logiken als die Wahl eines Berufes folgt. Als besonders relevanter Faktor, der den Ausschluss eines Berufs aus dem Feld möglicher Berufsoptionen bewirkt („Aversionsfaktor“), erweist sich die Erwartung einer mangelnden sozialen Passung: Wenn Jugendliche meinen, in ihrem sozialen Umfeld, insbesondere bei ihren Eltern und im Freundeskreis, mit einem bestimmten Beruf nicht gut anzukommen, beziehen sie diesen Beruf nicht mehr in ihre Berufswahl ein - und zwar auch dann, wenn die Tätigkeiten des Berufes mit ihren eigenen beruflichen Interessen übereinstimmen.

Neben fehlender sozialer Passung und als ungünstig wahrgenommenen Rahmenbedingungen während der Ausbildung und Arbeit - darunter Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten - gibt es noch weitere Gründe dafür, dass Jugendliche Berufe links liegen lassen: wenn etwa mit Schwierigkeiten gerechnet wird, einen Ausbildungsplatz zu finden; oder wenn es an der Sicherheit fehlt, wirklich gut einschätzen zu können, was einen in einem Beruf erwartet.

Daher gilt es, so eine zentrale Schlussfolgerung der BIBB-Studie, in Angeboten der Berufsorientierung Ansehen und soziale Wertschätzung von Berufen mit jungen Berufswählern konsequent zu reflektieren und dabei gerade solche Faktoren in den Blick zu nehmen, die zu einem Ausschluss von Berufen führen können - und nicht nur solche, die Berufe attraktiv machen.

Mit Blick auf die Ergebnisse folgert BIBB-Präsident Friedrich Hubert Esser für den Berufsfindungsprozess und die Wahl von Berufen mit Besetzungsproblemen: „Die BIBB-Studie macht deutlich, dass es bei der Berufsorientierung nicht ausreicht, Jugendliche über die Tätigkeiten in den verschiedenen Berufen aufzuklären und ihnen dadurch nahe zu bringen, wie interessant die Arbeit in diesen Berufen sein kann. Denn Jugendliche wollen mehr! Sie nutzen Berufe als Visitenkarte in ihrem sozialen Umfeld und wollen mit ihrem Beruf Anerkennung finden. Wollen wir in Zukunft mehr Jugendliche für Berufe mit Besetzungsproblemen gewinnen, müssen wir die Rahmenbedingungen und Perspektiven dieser Berufe verbessern.“

**Stephanie Matthes:** „Warum werden Berufe nicht gewählt? Die Relevanz von Attraktions- und Aversionsfaktoren in der Berufsfindung“, 2019. Näheres unter [bibb.de](http://bibb.de)



\*Stand 30. September

\*\*für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung



Nach der Emeritierung von Prof. Peter Euler (Institut für Pädagogik an der TUD) kam eine hierfür gebildete Evaluationskommission zum Ergebnis, dass die Professur für Allgemeine Pädagogik von Prof. Euler durch eine Digitalprofessur ersetzt werden sollte. Dagegen und gegen die auch geplante Aussetzung des „Bachelor of Arts-Pädagogik“ protestierten sowohl die Studierenden („Studenten tragen Pädagogik zu Grabe“ DE vom 12.12.2018) wie auch die „Montagsgruppe“. Aufgrund der studentischen Aktion wurde erreicht, dass eine für den 13.12.2018 vorgesehene erste Entscheidung des Präsidiums der TUD verschoben wurde. Wir dokumentieren die Resolution der „Montagsgruppe“, die den inhaltlichen Hintergrund deutlich macht. (DS)

# FÜR DEN ERHALT DER »DARMSTÄDTER PÄDAGOGIK« AN DER TU DARMSTADT

## *Gegen die Digitalisierung der Allgemeinen Pädagogik*

Die Montags-Gruppe ist eine Gruppe von Pädagogen, die Mitte der 1970er Jahren aus der damaligen Kreisfachgruppe »Berufliche Schulen« des GEW-Kreisverbandes Darmstadt hervorgegangen ist. Sie tagt seit Oktober 1978 regelmäßig bis heute. Der Anlass zur Gründung dieser damals überwiegend aus jungen, gewerkschaftlich organisierten Berufsschullehrern bestehenden Gruppe war das Bedürfnis, den Teilnehmern einen kritischen und offenen Diskurs über Fragen und Probleme des beruflichen Alltags in einem dialektischen Entwicklungszusammenhang von Schule und Gesellschaft zu ermöglichen. Gemeinsam war allen Mitgliedern der Gruppe, dass sie in den 1970er Jahren an der TU Darmstadt (damals noch THD) den pädagogischen Teil ihres Lehramtsstudiums am Institut für Pädagogik absolvierten. **Hans-Jochen Gamm**, **Gernot Koneffke** und **Peter Bulthaupt** waren damals unsere akademischen Lehrer in der Allgemeinen Pädagogik. Ihnen verdanken wir das nachhaltige Interesse und die starke Motivation, über Jahrzehnte hinweg über das Verhältnis von Bildung und Gesellschaft und dessen Wechselwirkung zu unserem schulischen Alltag engagiert und kritisch zu reflektieren.

*Gernot Koneffke* hat uns in den

ersten Jahren nach der Gründung unserer Gruppe im Jahre 1978 tatkräftig unterstützt. Dank seines profunden Wissens und seiner Fähigkeit, sich einfühlsam in die Problemlagen unseres jungen Lehrerdaseins hineinzuempfinden zu können, hat er in den Gründungsjahren unserer Gruppe ganz wesentlich zu deren Festigung beigetragen. Von ihm und von **Peter Bulthaupt**, der uns parallel dazu die Teilnahme an philosophischen Seminaren in Frankfurt ermöglichte, erhielten wir eine Fülle von Anregungen zur verantwortlichen Gestaltung unserer Berufsarbeit als Lehrer.

So wurde uns sehr bald klar, dass wir das im Studium erworbene Wissen etwa über erkenntnis- oder gesellschaftstheoretische Problemstellungen, wie sie insbesondere in unserer Unterrichtstätigkeit in naturwissenschaftlich-technischen und sozialkundlichen Fächern auftauchten, vor allem bezüglich der prinzipiellen Bestimmungen des gesellschaftlichen Zusammenhangs unserer Unterrichtsarbeit gründlich weiterentwickeln müssten. Dazu gehörte zum einen die Fortsetzung der teilweise im Studium begonnenen Lektüre von klassischen Texten wie beispielsweise die von **Aristoteles** und **Kant** etwa zur Erkenntnistheorie und Politik oder die von **Marx**

ausgearbeitete Kritik der politischen Ökonomie. Zur Vertiefung unseres ideologiekritischen Wissens spielten neben Texten der **Frankfurter Schule** selbstverständlich auch solche von **Koneffke** und **Bulthaupt** eine bedeutsame Rolle. Darüber hinaus hat die gründliche Auseinandersetzung mit den Schriften von **Galilei**, **Newton** und **Maxwell** ebenfalls und nicht unwesentlich dazu beigetragen, das Verhältnis von Theorie und Praxis, von Fiktion und Realität oder von Wahrnehmung und Denken nicht nur in naturwissenschaftlichen Prozessen angemessen zu begreifen.

Zur Gestaltung von Unterrichtskonzepten für den Physik-, Technik- und Sozialkundeunterricht fanden wir didaktische Wege, die es den uns anvertrauten Schülern ermöglichte, auf der Grundlage **des Verstehens** der im Unterricht thematisierten Inhalte durch eigenständiges Denken ein begründetes Selbstbewusstsein zu entwickeln, das ihre Persönlichkeitsentwicklung, ihre Befähigung zur Mündigkeit und ihren Mut zur Kritik fördert. Resultat dieser Konkretisierungen waren eine Reihe gemeinsam entwickelter Didaktikkonzepte für natur- und gesellschaftswissenschaftliche Unterrichtsfächer

und einige grundlegende kritische Stellungnahmen zur Durchsetzung lernfeld- und kompetenzorientierter Lehrplanverordnungen und zur Umgestaltung des Bildungswesens in bildungsferne Schullandschaften wie Hessencampi oder sog. »selbstständige« Schulen. Dass ab etwa Mitte der 1990er Jahre solche kapitalistischen Offensiven in Gestalt des Neoliberalismus und angloamerikanischer Konzepte in Form des Bologna-Prozesses ganz massiv auch die Hochschulen erfassten, wurde in unseren bildungspolitischen Erörterungen bezüglich der Konsequenzen für die Lehrerausbildung reflektiert.

**W**ir sind der festen Überzeugung, dass unser über Jahrzehnte andauerndes, stets auf die Verwirklichung der Mündigkeit und Kritikfähigkeit der uns anvertrauten Schüler zielendes pädagogisches Bemühen insbesondere in unserer Berufsarbeit als Lehrer nur möglich geworden ist durch grundlegende Weichenstellungen in unserer Persönlichkeitsentwicklung, wie wir sie während unseres Studiums in der von den Professoren **Gamm, Koneffke, Bulthaupt** begründeten und später von **Peter Euler** und **Werner Sesink** vertieften und stetig weiterentwickelten Allgemeinen Pädagogik erfahren durften.

**E**s wäre aus unserer Sicht für Pädagogik- und Lehramtsstudenten der TU Darmstadt ein fataler Rückschritt in bildungsferne Zeiten, wenn die über die Landesgrenzen hinaus als »**Darmstädter Pädagogik**« bekannt gewordene kritische Pädagogik ersetzt würde durch eine Professur, die »Unterricht und Ler-

nen im Kontext der Digitalisierung in Forschung und Lehre adressiert« und damit Bildung offenkundig auf technologische Akzentuierungen und rein instrumentelles Lernen reduziert. Die mächtigen Protagonisten der Digitalisierung wie **Microsoft, Google** und **Bertelsmann** setzen mit ihren Produkten die Schwerpunkte: Unterricht und Lernen wird reduziert auf die Anwendung vorgefertigter Programme, die Handhabung digitaler Geräte und die Beschaffung von Informationen mit Hilfe von Suchmaschinen, deren Algorithmen von **Twitter, Facebook** und **Google** entwickelt wurden. Im Unterricht ist »der Lehrer nicht mehr Wissensvermittler, sondern Lerncoach, der



den Schülern hilft, ihren eigenen« –von den Lernprogrammen der Digitalindustrie inhaltlich vorgegeben– »Lernprozess erfolgreich zu gestalten«. Primär geht es nicht um die Persönlichkeitsbildung junger Menschen, sondern um eine möglichst umfassende Vorbereitung auf die Qualifikationsanforderungen der digitalisierten Arbeitswelt. Für Kritik, Eigeninitiative, Spontaneität, eigenständiges und konzentriertes Nachdenken bleibt in solchen Konzepten nur noch wenig Raum. Die auf Humanität und Mündigkeit

ausgerichtete ganzheitliche Bildung im Sinne von **Comenius, Humboldt** und eben der »**Darmstädter Pädagogik**« bleibt auf der Strecke.

**D**ass auch oder gerade eine kritisch-materialistisch verstandene Allgemeine Pädagogik sich schon immer mit gesellschaftlichen Entwicklungen, die wie die Digitalisierung einen tiefgreifenden Wandel in der Arbeitswelt nach sich ziehen und daher zwangsläufig Spuren im Bildungswesen hinterlassen würden, grundlegend und kritisch auseinandersetzen muss, bedarf keiner weiteren Begründung. Aber: Solche gesellschaftlichen Veränderungen sind Resultate eines geschichtlichen Prozesses, sind von

daher nicht voraussetzungslos und beginnen wie im Falle der Digitalisierung nicht erst mit der als **Industrie 4.0** verklärten Stufe der Produktivkraftentwicklung. Die Pädagogik indessen muss, will sie von den Betroffenen verstanden und begriffen werden, die Wechselwirkung von Bildung und Gesellschaft in ihrem historischen Gesamtzusammenhang erforschen, kritisch reflektieren und auf

dieser Grundlage angemessen darstellen. Würde dies verloren gehen durch eine Digitalisierung der Pädagogik, wäre dies nicht nur ein herber Verlust für künftige Studentengenerationen, sondern würde auch dem Renommee der Pädagogik an der TU Darmstadt in der Region und über die Landesgrenzen hinaus erheblichen Schaden zufügen.

**Montagsgruppe im GEW-Kreisverband Darmstadt**  
 Ansprechpartner: [helmut.weick@t-online.de](mailto:helmut.weick@t-online.de) und [j.sicars@t-online.de](mailto:j.sicars@t-online.de)

# INTEGRATION INS ERWERBSLEBEN - DRITTE CHANCE IN PRODUKTIONSSCHULEN

*Schule geschmissen? Ausbildung abgebrochen? Auch dann ist noch nicht alles verloren. Wie Produktionsschulen jungen Menschen helfen, ihren Weg in den Beruf zu finden.*

Gäste des Holiday Inn City Nord in Hamburg können sich täglich von den Fertigkeiten der Jugendlichen überzeugen. Die von Schülern der nahe gelegenen Produktionsschule Steilshoop gebauten Loungeessel, Saunaliegen und Bistro-Stehtische gehören zum modernen Interieur des neuen Hotel Towers am Kapstadtring. Das Bemerkenswerte daran: Die jungen Menschen, die im Rahmen einer Auftragsarbeit zeigten, was sie alles können, hatten große Schwierigkeiten mit der Regelschule und stammen aus sozial benachteiligten Lebensverhältnissen.

„Wir treten niemandem auf die Füße, die Wirtschaft ist bei uns mit an Bord. Die Produktionsschulen bekommen gewerbliche Aufträge und kooperieren bei Bedarf mit anderen Produktionsschulen, um diese zu bewältigen“, sagt Cortina Gentner, Fachreferentin für Produktionsschulen am Hamburger Institut für Berufliche Bildung. Die Erzeugnisse aus den Gewerken Tischlerei und Metall waren in Steilshoop Unterrichtsstoff eines Jahres. Die Verbindung von Arbeit und Lernen unter einem Dach vermittelt Jugendlichen grundlegende berufliche Kompetenzen. Als Alternative zur Ausbildungsvorbereitung an berufsbildenden Schulen sind Produktionsschulen Teil des Übergangssystems von der Schule in den Beruf. 200 Schulen gehören dem Bundesverband Produktionsschulen an.

Nicht der berufsqualifizierende Abschluss steht im Fokus, es geht vielmehr um Orientierungshilfe und

Integration der 14- bis 25-Jährigen in das Erwerbsleben. Wer auf den klassischen Wegen in den Arbeitsmarkt, also Schule und Studium oder duale Ausbildung, gescheitert ist, bekommt hier eine dritte Chance. „Mehr als die Hälfte der Jugendlichen kommen aus der Förderschule oder sind Schulabbrecher. Viele haben psychische Beeinträchtigungen. Das macht deutlich, mit welchen Problemen sie belastet sind“, sagt Herbert Dörmann, Geschäftsführer der Werkstatt im Kreis Unna (Nordrhein-Westfalen). Für viele Teilnehmer ist es tatsächlich der vierte oder fünfte Versuch, in der Arbeitswelt Fuß zu fassen. Die entsprechenden Angebote für junge Menschen - meist gibt es weniger als 50 Plätze pro Einrichtung - laufen in der Regel für ein Jahr.

Werkstattpädagogen, Sozialarbeiter und Sonderpädagogen betreuen Kleingruppen mit fünf bis maximal zehn Jugendlichen. „Wenn Jugendliche die Erfahrung des ewigen Scheiterns gemacht haben, trauen sie sich nichts mehr zu. In der Produktionsschule erleben sie ein völlig neues Lernumfeld, erfahren häufig erstmals ihre Selbstwirksamkeit“, sagt Dörmann. Mit ihren Werkstatt- und Schulungsräumen ähneln die Produktionsschulen größeren Handwerksbetrieben. Anhand von Aufträgen von Firmen, kommunalen und gemeinnützigen Betrieben können die Jugendlichen ihr handwerkliches Geschick und ihre Kreativität zeigen. Und an solchen Aufträgen mangelt es nicht. Die Fertigung von Wartehäuschen für Bushaltestellen, Spielgeräten für Kitas, Kostümen für Theaterpro-

duktionen oder Catering für Abendveranstaltungen sind nur einige Beispiele aus dem Werkstattalltag. Die Jugendlichen sind - unterstützt von den Pädagogen - für den gesamten Produktionsprozess von der Auftragsakquise über die Fertigung, Lieferung und den Aufbau bis zum Erstellen der Rechnung verantwortlich. Dafür erhalten sie ein leistungsabhängiges Entgelt, was die Motivation zudem steigert. „Das gegenständliche Lernen am Kundenauftrag ist unser Erfolgsrezept. Im Gastronomiebereich müssen Jugendliche die Mengenangaben in Rezepten umrechnen, das ist nicht die klassische Mathematikstunde. Wir lernen quasi von hinten durchs Knie“, erläutert Gentner. Für jene, die den externen Schulabschluss anstreben, stehen Teile des Hauptschullehrplans auf dem Programm.

## Regionale Unterschiede

Dänemark ist Vorreiter für Produktionsschulen. Dort wurden sie von 1978 an zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingeführt. Die unabhängige Schulform entwickelte sich zur landesweiten Institution mit eigener Gesetzgebung seit dem Jahr 1985. In Deutschland existiert kein Gesetz mit entsprechenden Standards. Stark verbreitet sind Produktionsschulen in Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Hamburg ist das einzige Bundesland, in dem sie im Schulgesetz verankert sind (x). In Baden-Württemberg ist ein Förderprogramm für Produktionsschulen in Planung. Wie



umstritten das pädagogische Konzept ist, zeigt die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen, zuletzt stärkster Standort mit 2800 Schulplätzen. Dort wurde das Förderprogramm für Teilnehmer im Alter von 18 bis 25 Jahren im vergangenen Jahr abgeschlossen. Stattdessen gibt es nun ein Werkstattjahr für junge Leute im Alter von bis zu 19 Jahren.

In allen im Bundesverband der Produktionsschulen organisierten Institutionen gelten einheitliche pädagogische Standards. Die Werkstattpädagogen wurden vom Verband speziell geschult. Fachliche Spezialisierungen der Schulen, etwa Holzverarbeitung oder Gastronomie, die mehrheitlich von Bildungsträgern in freier Trägerschaft betrieben werden, sind durchaus üblich. So auch in Bayern, wo die Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (BFZ), das Rote Kreuz und die SOS-Kinderdörfer Produktionsschulen führen. In Nürnberg können sich Jugendliche auf den Einstieg in die Metall- und Holzverarbeitung, den Elektrobereich und Gastronomie vorbereiten. In den Schweinfurter Werkstätten werden Wohnaccessoires aus Metall und Holz hergestellt, und Jugendliche der Produktionsschule Haßber-

ge in Haßfurt (Unterfranken) fertigen Textilwaren, die sie im eigenen Laden verkaufen, sagt Dörmann.

Quer durch das Bundesgebiet sind Produktionsschulen verschiedenartig organisiert und unterschiedlich



stark verbreitet, denn die Einrichtungen sind Ländersache. Finanziert werden die Schulen aus mehreren Töpfen. Mit dabei sind neben den Ländern meist die Bundesagentur für Arbeit, die Jobcenter und der Europäische Sozialfonds. Bayrische Produktionsschulen und die nach denselben Standards tätigen Jugendwerkstätten beziehen die Förderung für Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit (AJS). „Es gibt viele weiße Flecken in den Ländern. So haben Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg oder Thüringen überhaupt keine Produktionsschulen oder sie haben

Angebote, die unter einem anderen Namen arbeiten“, erklärt Gentner.

Die Förderung ist, je nach Region, unterschiedlich hoch: In Nordrhein-Westfalen liegt sie bei knapp 1000 Euro pro Monat und Platz, in Hamburg bei gut 800 Euro. Läuft alles nach Plan, ist das Geld nachhaltig investiert, und die Produktionsschule mündet in die Ausbildung oder einen Arbeitsplatz. Durch den Kundenkontakt und das Netzwerk in der Region erhalten die Teilnehmer häufig eine Chance in

ihnen bekannten Betrieben. Von 340 Schülern der Produktionsschulen im Kreis Unna wechselten 2016/2017 zehn Prozent in die Erwerbsarbeit, 13 Prozent auf eine Azubistelle und 21 Prozent in die Weiterbildung. 17 Absolventen entschieden sich für die Rückkehr in die Regelschule. Auch viele Hamburger Produktionsschüler haben es geschafft, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

*Christiane Kaiser-Neubauer  
14. Februar 2019  
Näheres unter*

[www.bv-produktionsschulen.de](http://www.bv-produktionsschulen.de)

### (x) Anmerkung

Auch in Hessen sind die Produktionsschulen seit der letzten Novellierung des Schulgesetzes in 2018 gesetzlich verankert, wenn auch recht bescheiden. So heißt es im § 60 (3): „Die verlängerte Vollzeitschulpflicht (10. Schuljahr, DS) kann durch ..... oder des außerschulischen Bildungsangebotes einer Produktionsschule erfüllt werden. Zwischen Produktionsschulen und beruflichen Schulen können mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde Kooperationen vereinbart werden.“ (DS)

### Medienkompetenz

Medienkompetenz wird von Bernd Schorb beschrieben als „eine auf das gesamte Leben ausgerichtete Fähigkeit, die in der tätigen Aneignung von Medien real wird“ und „Wissen und Reflexion über die Strukturen und Funktionen der jeweils verfügbaren Medienwelt“ beinhaltet. Verbunden sei sie mit der „konkreten Handhabung und dem selbstbestimmten und eigentätigen Gebrauch von Medien als Mittel der Artikulation und Partizipation und mit der auf Wissen, kritischer Reflexion und Handlungserfahrung fußenden Positionierung gegenüber der Medienwelt“.

*Bernd Schorb: Kompetenzen für den Lebensraum Medien, in: GEW (Hrsg.): Erfolgreich mit neuen Medien, 2017, S. 47*

# LEHRKRÄFTEMANGEL UND FEHLENDER LEHRKRÄFTENACHWUCHS

## Misere der Lehramtsausbildung für berufliche Schulen in Hessen

### Lehrkräftemangel

Durchschnittlich sind die LiV (Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst), die an den hessischen Studienseminaren für berufliche Schulen ausgebildet werden, zum Zeitpunkt ihrer Einstellung in den Schuldienst 37 Jahre alt. Somit geht alle zehn Jahre ein Drittel der Lehrkräfte in den Ruhestand. Der Lehrkräftemangel an den 115 hessischen beruflichen Schulen ist eklatant!

In den letzten zehn Jahren haben an den fünf hessischen Studienseminaren für berufliche Schulen ca. 115 LiV pro Halbjahr ihren Vorbereitungsdienst begonnen. Um den Bedarf der 115 beruflichen Schulen Hessens abzudecken, ist die Ausbildung von 115 LiV pro Halbjahr bei weitem zu wenig!

Die Diskrepanz zwischen fehlenden Nachwuchsteilnehmern und dem Bedarf der Schulen wird immer größer. Die GEW Hessen hat diese Problematik in den letzten Jahren gegenüber Vertretern des Kultusministeriums immer wieder mit Nachdruck benannt. Auch die verschiedensten Quereinsteigerprogramme, die zunehmende Einstellung von Gymnasiallehrkräften und sogar die stark zunehmende Zahl pädagogisch nicht ausgebildeter Lehrkräfte können den Lehrkräftemangel nicht abdecken.

Weniger als 60 Prozent der Lehrenden an den beruflichen Schulen Hessens haben das entsprechende Lehramt erworben. Der Anteil der Lehrkräfte mit allgemeinbildenden Fächern (Gymnasiallehrkräfte) hat

sich im letzten Jahrzehnt verdoppelt. Der Anteil der Lehrkräfte ohne pädagogische Ausbildung sogar verdreifacht. **In Hessen hat keine andere Schulform eine derartige Schieflage!**

Besonders gravierend ist der Lehrkräftemangel in den beruflichen Fachrichtungen Elektro-, Metall- und Informationstechnik. Mangelfächer sind vor allem die technisch/ naturwissenschaftlichen Fächer, insbesondere Mathematik, Physik und Informatik.

### Fehlende Absolventen in den Lehramtsstudiengängen der hessischen Universitäten

Bedingt durch die oben dargelegten Notsituationen an vielen Schulen unterrichten zunehmend Lehramtsstudierende in den jeweiligen Mangelfächern. Kommt man mit diesen, meist sehr engagierten, Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch, dann berichten diese oftmals von extrem schwierigen Studienbedingungen an den Universitäten, vor allem in Gießen und Darmstadt.

In Mathematik Klausuren gibt es Durchfallquoten von 99 Prozent. Das Lehramtsstudium in Elektro- und Informationstechnik ist so schwer, dass nur einzelne Personen ihre Studienabschlüsse erreichen. Wegen extrem hoher Anforderungen wird das Unterrichtsfach Physik äußerst selten gewählt.

Je mehr ich mit Betroffenen, Studiengangsabbrechern oder -wechslern ins Gespräch kam, um so paradoxer erschienen mir die geschilderten Situationen. Es gibt junge, talentierte und engagierte Frauen

und Männer, die ganz bewusst das Lehramt für berufliche Schulen gewählt haben und Mangelfächer studieren, die bereits in Mangelfächern erfolgreich unterrichten, denen aber ein erfolgreicher Studienabschluss oft verwehrt bleibt!

Auf Nachfragen beim jeweiligen Zentrum für Lehrerbildung in Darmstadt und Gießen erhielten wir nur sehr allgemeine Rückmeldungen bezüglich Anfängerzahlen sowie Durchfall- und Abschlussquoten in den Studiengängen zum Bachelor und Master of Education für das Lehramt an beruflichen Schulen.

### Antwort des Zentrums für Lehrerbildung der Justus-Liebig-Universität Gießen:

In den letzten 10 Jahren haben an der Justus-Liebig-Universität Gießen in den Lehramtsstudiengängen der beruflichen Fachrichtungen Metall und Elektro:

- ☛ durchschnittlich 43 % das Studium abgebrochen, in den letzten 2 Jahren lag die Abbruchquote bei ca. 25 %
- ☛ Die Hälfte der Studienanfänger des Lehramt Bachelor-Studiengangs Metall macht ihren Masterabschluss.
- ☛ Im Bereich Elektro sind es 43 %.

### Antwort des Zentrums für Lehrerbildung der Technischen Universität Darmstadt:

„Etwa die Hälfte schließt das Studium erfolgreich ab, das bedeutet aber nicht, dass diese Personen auch den Weg in den Lehrerberuf

einschlagen. Viele gehen nicht in den Vorbereitungsdienst, denn sie finden aktuell auch in der Wirtschaft sehr gute Angebote (meistens erheblich besser bezahlt) - auch mit einem M.Ed. Abschluss. Die berufliche Lehrerbildung lebt daher von Quereinsteiger\_innen, das war schon immer so (und ist auch in anderen Bundesländern so), das bedeutet, dass Personen mit einem

Bachelor direkt in den Master einsteigen, das ist an der TU ebenfalls das favorisierte Modell.

Diese Aussagen sind sehr allgemein und beziehen sich nur begrenzt auf die von mir benannten Problembereiche. Daraufhin bat ich mir bekannte Studierende der beiden Universitäten, persönliche Erfahrungsberichte einzuholen.

Diese sind im Folgenden, deutlich gekürzt, dargelegt. Zum Schutz der Betroffenen bleiben sie anonym, sie sind mir bekannt und glaubwürdig.

*Jürgen Stockhardt,  
seit 35 Jahren Lehrkraft an einer  
Beruflichen Schule für Elektro-  
und Informationstechnik,  
Ausbilder am Studienseminar für  
berufliche Schulen in Darmstadt*

## **Erfahrungsberichte von Studierenden des Lehramts an beruflichen Schulen der Universitäten in Darmstadt (D) und Gießen (G):**

**D 1:** Die Technische Universität Darmstadt bietet für das gestufte Studienmodell Lehramt an beruflichen Schulen - mit den Abschlüssen Bachelor of Education und Master of Education - eigene Studiemöglichkeiten für die beruflichen Fachrichtungen Bautechnik, Chemietechnik, Elektrotechnik und Informationstechnik, Informatik, Körperpflege, Metalltechnik sowie in Kooperation mit der Hochschule Geisenheim Agrarwirtschaft. Besonders MINT Fächer stehen an der TU Darmstadt repräsentativ im Vordergrund, sodass diese den Lehrkräftemangel gerade in den Mangelfächern Elektrotechnik, Metalltechnik oder Informatik zumindest als Studierangebot decken.

*Man kann sich also fragen, worin liegt das Problem, wenn anscheinend ein ausreichendes Angebot vorhanden ist?*

Das Problem sind gewisse Lehrveranstaltungen und Kulturen diverser Fachbereiche. „Lehrämter“ bekommen keine auf ihr Studium zugeschnittene Lehrveranstaltungen. Sie studieren gemeinsam mit den Studierenden der Hauptfachbereiche, beispielsweise die Lehrämter für Metalltechnik am Fachbereich Maschinenbau gemeinsam mit Studierenden des Studiengangs Bachelor of Science Maschinenbau.

Sie müssen dieselben Lehrveranstaltungen belegen und nahezu immer dieselben Prüfungen absolvieren. Aber gerade in den Grundlagenlehrveranstaltungen wird mit den i.d.R. schriftlichen Klausuren der Fachprüfungen streng aussortiert, wer für ein Studium am Fachbereich XY der TU Darmstadt bzw. für eine spätere Karriere als Wissenschaftler als geeignet gilt und wer nicht. Bei nicht wenigen Veranstaltungen sind Durchfallquoten von mehr als 50 % völlig normal. Dies führt dazu, dass viele potenzielle berufliche Lehrkräfte deshalb ihr Studium verlängern, den Studienort wechseln oder sogar ganz abbrechen müssen. Daher entsteht bei nicht wenigen beruflichen Lehramtsstudierenden immer mehr die Moraleinstellung, „Egal wie... Hauptsache geschafft“, bevor noch der Abbruch droht.

Sehr häufig wird der Wechsel zu einer Hochschule für angewandte Wissenschaften (Fachhochschule) praktiziert. In Elektrotechnik ist dieses Wechselszenario Gang und Gäbe. Wenn anschließend immer noch der Wille vorhanden ist Lehrkraft zu werden, dann wechseln sie für den Master of Education zurück an die TU Darmstadt. Dieses Zugangsmodell stellt für viele Kandidaten ohnehin das favorisierte Modell dar, denn ein großer, wenn nicht der größte Teil der Master of Education

Studierenden in Elektrotechnik und Metalltechnik kommt schon von externen Hochschulen.

**D 2:** Mein Studium an der TU-Darmstadt in den Fachbereichen Elektrotechnik und Mathematik: Aktuelle Durchfallquoten in der Elektrotechnik zwischen 60 - 70% sind der Normalfall. Ich persönlich habe diese - auch als „Rauschmeißerscheine“ bekannt - bestanden, allerdings trotz großem Aufwand mit eher bescheidenen Ergebnissen. Aus meiner Perspektive hat es vielschichtige Gründe, einer dieser Gründe ist die hohe Erwartungshaltung des Fachbereichs, (Klausur auf zu hohem Niveau). Ein weiterer Grund ist, dass es sehr schwer ist, als Lehramtsstudent dieselben Klausuren zu schreiben, die ein Ingenieur schreibt und parallel dazu die Pädagogikseminare zu besuchen und auch zu bestehen.

*Was ich mir wünsche wäre eine Neustrukturierung des Studiengangs und einen Fachbereich, der auch weiß, was Master/Bachelor of Education beinhaltet und uns Studierende unterstützen kann.*

**G 1:** Ich begann mit dem Mathematik-Studium 2014. Mit voller Erwartung fing ich frühzeitig an, mein bisheriges Wissen aufzufrischen. Den ersten Vorlesungen konnte ich noch



recht gut folgen. Ich, als Lehramtsstudentin für die Berufliche Schule, habe neben Mathematikvorlesung, Übungen und Tutorien auch weitere Fächer, entfernt der Mathematik, innerhalb der Woche besucht. Nachdem ich feststellte, dass das alleinige Besuchen der Vorlesung, das Mitmachen in Tutorien und Übungen der Mathematik nicht ausreichte, habe ich mich zusätzlich mit meinen Kommilitonen während der Woche zusammengesetzt und gelernt.

Die Hausaufgaben versuchten wir gemeinsam zu lösen. Dies führte dazu, dass wir einigermaßen die notwendigen Punkte erreichten, welche wir für die Klausurzulassung benötigten. Durch diese Anstrengungen schaffte ich es, den Stoff teilweise zu verstehen, musste dafür aber die zeitlichen Aufwendungen in anderen Fächern deutlich zurückschrauben. Mathematik bestimmte von da an mein Leben. Ich hatte durch die Anwesenheit in Vorlesung, Übung und Tutorium plus den zusätzlichen Zeitaufwand mit Kollegen eine 40 Stunden-Woche nur in Mathematik. Des Weiteren war ich in der Uni für meine anderen Fächer, für die ich ebenfalls zusätzlich Referate und Präsentationen, Hausarbeiten und Klausuren Zeit benötigte. Ich hatte schlaflose Nächte, oder träumte von Mathematik.

Die Ferien nutzte ich, um den bisherigen Inhalt nochmals aufzubereiten. Die Klausur wollte ich dennoch mitschreiben. Dies tat ich auch, fiel aber durch. Nach Gesprächen mit Freunden und Familie war für mich klar, dass ich so nicht weitermachen kann und möchte. Ich hatte einfach nicht mehr genug Kraft, dieses Semester zu wiederholen. Somit konnte ich mich im Sommer auf meine anderen Fächer konzentrieren. Dort musste ich aufgrund des Zeitaufwandes für Mathematik im vorherigen Semester einiges nachholen. Zum nächsten Wintersemester wechselte ich dann auch das Studienfach. Bis heute bereue

ich es nicht, das Fach gewechselt zu haben, obwohl ich immer noch gerne Mathematik unterrichten möchte.

*Meiner Meinung nach sollten für die Lehramtsstudierenden eigene Vorlesungen, Übungen und Tutorien angeboten werden, da der Stoff und Zeitaufwand nicht an diese Studierenden angepasst ist, sondern sich an den Bachelorstudierenden orientiert.*

**G 2:** 2014 begann ich mein Lehramtsstudium mit der Absicht, Mathematik und Ernährung/ Hauswirtschaft für berufliche Schulen zu studieren. An der Universität, an der ich studiere, ist dies ein sehr kleiner Studiengang mit maximal 50 Student\*innen pro Jahr. Wir werden Veranstaltungen zugeteilt, die bereits existieren. Dies kann mitunter zu absurden Situationen führen:

1. Die Veranstaltungen sind nicht auf Lehramtsstudierende ausgerichtet, sondern für Bachelor- / Masterstudierende Mathematik. Die Professoren setzten also Wissen voraus, das wir gar nicht haben können. Gleiches bei der zeitlichen Bearbeitung. Es mag ja für einen Mathematikstudierenden zumutbar sein, sich in der Woche 40 h mit Mathematik zu beschäftigen, aber nicht für uns Lehramtsstudierende.
2. Die Dozenten wissen gar nicht, dass wir keine Mathematikbachelor Student\*innen sind und konzipieren ihre Aufgaben, Vorlesungen, Seminare, Übungen usw. dementsprechend nicht an uns gewandt.
3. Um für eine Klausur zugelassen zu werden, benötigt man im Vorfeld eine Mindestpunktzahl in den Hausaufgaben, trotzdem ist die Durchfallquote mit annähernd 80- 90% hoch, die Hausaufgaben dienen also nur dem Zweck, mögliche schwache

Studierende von den Klausuren fernzuhalten, da diese die Durchfallquoten auf über 95% anheben würden. Und genau so sind sie auch konzipiert und werden so benotet.“

**G 3:** Ich begann das Mathematikstudium, um Schülern, die Schwierigkeiten mit Mathe haben, zu zeigen, dass es wirklich gar nicht so schwer ist.

Was für mich am Niederschmetterndsten war? Dass nach und nach alle Kommiliton\*innen wegen der hohen Auslastung aufgaben. Jede Woche mussten 4 von 5 Aufgaben eingereicht werden. Diese wurden in 3er Gruppen bearbeitet. Mein Resümee? Ab der dritten Übung war ich mit den Aufgaben allein. Zwei neue Gruppen lösten sich auch auf Grund von Kapitulation auf. Zwar schaffte ich die Punktzahl zum Einzug in die Klausur. Mir wurde aber bewusst, dass ich jeweils die 5te Aufgabe nicht beherrschte, da ich keine Zeit fand, diese nach zu arbeiten. Die jeweils fünfte Aufgabe jeder Übung musste ich aber für die Klausur am Ende verstanden haben. Ich meldete mich also von der Klausur ab.

Als ich das Lehrpersonal auf meine Probleme ansprach wurde ich stets abgewiesen. Es sei eben mein Problem. Immerhin hätte doch der Prof so ein gutes Skript. In der Vorlesung war man nur mit mitschreiben beschäftigt. Verstanden habe ich daher nie etwas. 5 vollgeschriebene Blazer waren das Minimum. Der Prof schrieb so unleserlich, dass er selbst auf Nachfrage nicht mehr wusste, was es bedeutet.

Letztendlich wechselte ich das Unterrichtsfach aufgrund der hohen Auslastung. Für mich gab es keine Freizeit mehr, nur noch die Hausaufgaben für lineare Algebra und Analysis. So nah war ich einem Burn Out noch nie.

# KEINE STREICHUNG/NICHTBESETZUNG VON A 15 STELLEN AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN AUFGRUND KURZFRISTIGER ENTWICKLUNGEN

*Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Lorz,*

*8. April 2019*

der GEW Hessen wurde berichtet, dass im Schulamtsbereich Frankfurt auf Weisung aus Ihrem Ministerium vier A15 Stellenbesetzungsverfahren abgebrochen wurden. Im Schulamt Rüsselsheim wurde die endgültige Besetzung einer A15 Stelle an einer Berufsbildenden Schule aufgrund einer Weisung aus Ihrem Ministerium nicht umgesetzt. Aus weiteren Schulämtern wurde Ähnliches berichtet. Es ist nicht bekannt, dass stattdessen an anderer Stelle zusätzliche A15 Stellen für Berufsbildende Schulen zugewiesen wurden. Es bleiben somit im Haushalt eingeplante A15 Stellen unbesetzt.

Gegenüber den Schulen begründete Ihr Ministerium diese Maßnahmen nicht mit schulorganisatorischen Änderungen, sondern mit kurzfristig zurückgehenden Zahlen von Schüler\*innen aufgrund demographischer Entwicklungen.

Die in letzter Zeit veröffentlichten Prognosen zur demographischen Entwicklung der Schüler\*innenzahlen in den Berufsbildenden Schulen (Kultusminister\*innenkonferenz, Dr. Dohmen für die GEW) zeigen jedoch deutlich, dass dieser demographische Rückgang – wenn überhaupt – nur in den nächsten Jahren erfolgt und danach wieder ein Anstieg der

Schüler\*innenzahlen zu erwarten ist.

Somit wird das Niveau von 2016 in absehbarer Zeit bei den Schüler\*innenzahlen wieder erreicht werden.

Das jetzige Vorgehen Ihres Ministeriums bedeutet aber für die betroffenen Schulen, ihre Kollegien und ihre Schulleitungen einen großen Aufwand und Unruhe durch notwendige Änderungen in der Geschäftsverteilung und dies, wenn zugleich Ihnen und der Öffentlichkeit bekannt ist, dass in kurzer Zeit diese Änderungen wieder rückgängig gemacht werden müssen.

Die GEW Hessen fordert Sie deshalb auf, durch kurzzeitige demographische Änderungen keine Schulleitungsstellen A 15 an einzelnen Berufsbildenden Schulen wegfällen zu lassen und die bereits erfolgten Anweisungen Ihres Ministeriums zurückzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Birgit Koch  
Maike Wiedwald

Vorsitzende  
Vorsitzende

***Dieses Schreiben geht außerdem an:***

Landtagsfraktionen (CDU, SPD, LINKE, GRÜNE), Finanzminister und die Mitglieder des Landesausschusses für Berufsbildung

**A**n die GEW wurde herangetragen, dass in vielen Schulamtsbereichen auf Weisung aus dem Ministerium Ausschreibungsverfahren von Abteilungsleitungsstellen (A15) abgebrochen wurden.

**D**as Ministerium begründete diese Weisung mit zurückgehenden Schüler\*innenzahlen. Für die GEW und die Schulen ist es unverständlich und äußerst ärgerlich, dass durch kurzfristige Schwankungen Schulleitungsstellen ständig hin und her geschoben werden. Die GEW Hessen hat in einem offenen Brief an den Minister ihr Unverständnis und ihre Kritik an dieser Maßnahme formuliert. Die Landesvorsitzende Birgit Koch hat in dem turnusmäßig stattfindenden Halbjahresgespräch zwischen GEW und Minister den Brief übergeben. Wir dokumentieren den Brief an dieser Stelle.

# IG METALL LEGT DISKUSSIONSPAPIER DUALE KOMPETENZPRÜFUNG VOR:

## *Impuls für einen Diskurs zur Zukunft der beruflichen Abschlussprüfung*

Die Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung stehen unter einem Modernisierungsdruck. Die Digitalisierung verändert Kompetenzanforderungen an Fachkräfte, die beim Feststellen der beruflichen Handlungskompetenz berücksichtigt werden müssen. Gleichzeitig schaffen digitale Medien neue Möglichkeiten auch für das Prüfungswesen. Um einen Diskussionsprozess anzustoßen, hat der Prüferberaterkreis der IG Metall mit dem Diskussionspapier zur „Dualen Kompetenzprüfung“ einen Vorschlag zur Zukunft der Prüfung vorgelegt.

Konkret wird vorgeschlagen, die Abschlussprüfung zu einer dualen Kompetenzprüfung weiterzuentwickeln. Prüfungen sollen kompetenzorientiert stattfinden und es sollen Kompetenzfeststellungen beider Partner, Betrieb und Berufsschule, berücksichtigt werden. Was der eine bereits festgestellt hat, muss der andere nicht nochmal überprüfen.

In der Abschlussprüfung wird die berufliche Handlungskompetenz in tatsächlicher beruflicher Handlung nachgewiesen. Sie wird weiterhin von Prüfungsausschüssen bei den zuständigen Stellen abgenommen. An den Berufsschulen werden anhand bundeseinheitlicher

Kompetenzstandards im Verlauf der Ausbildung Kompetenzfeststellungen vorgenommen. Diese ergänzen das Ergebnis der Abschlussprüfung mit einem schulischen Kompetenznachweis. Das Ergebnis der Abschlussprüfung und die ermittelten Kompetenznachweise werden gemeinsam mit dem Abschlusszeugnis ausgewiesen.

Ein großer Teil der heute stattfindenden schriftlichen Abschlussprüfungen könnte dadurch ersetzt

gen beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt und mit dem im Berufsschulunterricht zu vermittelnden, für die Berufsausbildung wesentlichen Lehrstoff vertraut ist...“. Genauere Hinweise auf die gemeinte Handlungsfähigkeit finden sich in den Ausbildungsordnungen. Bei den industriellen Metall- und Elektroberufen wird die berufliche Handlungsfähigkeit beispielsweise wie folgt beschrieben: Sie umfasst die im Ausbildungsrahmenplan aufgeführten Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten und schließt selbständiges Planen, Durchführen und Kontrollieren sowie das Handeln im betrieblichen Gesamtzusammenhang ein. Sie soll prozessbezogen erworben werden und ist in einem Einsatzgebiet zu erweitern und zu vertiefen, das im jeweiligen Geschäftsprozess zur ganzheitlichen Durchführung komplexer

Aufgaben befähigt.

### **Blick in die Prüfungsrealität: Wie und was wird derzeit geprüft?**

Ein großer Teil von Prüfungen erfolgt mittels konstruierter Einheitsaufgaben. Diese können aber Geschäftsprozesse sowie die notwendige Handlungskompetenz, also das Handeln im betrieblichen Gesamtzusammenhang, gar nicht abbilden. Auch sind beispielsweise schriftliche Aufgaben nicht geeignet, bestimmte Kompetenzen zu prüfen, sie sind überwiegend



werden, denn was einmal festgestellt wurde, muss nicht noch einmal am Ende der Ausbildung geprüft werden.

### **Was soll bei der Abschlussprüfung nachgewiesen werden?**

Im § 38 Berufsbildungsgesetz (BBiG) wird beschrieben, was zu prüfen ist: „Durch die Abschlussprüfung ist festzustellen, ob der Prüfling die berufliche Handlungsfähigkeit erworben hat.“ „...die erforderlichen beruflichen Fertigkeiten beherrscht, die notwendi-



papierbasiert und fernab betrieblicher oder beruflicher Realität. Wie will man beispielsweise die neue Anforderung in den Metall- und Elektroberufen „in interdisziplinären Teams kommunizieren, planen und zusammenarbeiten“, schriftlich feststellen? In der betrieblichen Praxis und im beruflichen Handeln werden heute selbstverständlich digitale Werkzeuge und Medien genutzt, in Prüfungen findet das kaum statt und es ist meist sogar verboten, diese zu nutzen. Und zu guter Letzt, die immer noch weit verbreiteten Multiple Choice Aufgaben sind nicht geeignet, berufliche Handlungsfähigkeit festzustellen.

### **Vorschlag: Den Kern des zu prüfenden in den Blick nehmen**

Die IG Metall schlägt vor, berufliche Handlungskompetenz im beruflichen Handeln in authentischen Situationen festzustellen. Da können die geforderten Kompetenzen tatsächlich zur Anwendung kommen und nachgewiesen werden.

Den im Berufsschulunterricht zu vermittelnden und für die Berufsausbildung wesentlichen Lehrstoff zu prüfen, ist ein weiterer Auftrag aus dem BBiG.

Dies findet bereits heute im Verlauf der Ausbildung an den Berufsschulen statt. Das kann man auch dort tun und sicher auch in Form schriftlicher Tests. Da diese aber heute nicht einheitlichen Kriterien unterliegen und in den Bundesländern und Berufsschulen sehr unterschiedlich gehandhabt werden, braucht es für die Berücksichtigung bundeseinheitliche Standards, die können aber geschaffen werden.

### **Der Vorschlag für eine neue Abschlussprüfung**

Die Abschlussprüfung findet anhand von authentischen Aufgaben

statt. Sie müssen sich auf betriebliche sowie berufliche Situationen und durchgeführte betriebliche Handlungen beziehen. In den Ausbildungsordnungen werden zukünftig zu prüfende berufliche Handlungsfelder beschrieben, beispielsweise drei Handlungsfelder, die bis zum Teil 1 der Prüfung ausgebildet werden und fünf Handlungsfelder bis zum Teil 2 der Prüfung. Während der Ausbildung schreiben Azubis zu den jeweiligen Handlungsfeldern und den von ihnen ausgeführten beruflichen Handlungen Reporte (Berichte). Diese dienen auch zur Reflexion des Ausbildungsprozesses. Die Reporte sind dem Prüfungsausschuss drei Monate vor der Prüfung (jeweils bei Teil 1 und 2) zur Genehmigung vorzulegen. Zusätzlich liefern die Reporte Rückmeldungen über die Qualität der betrieblichen Ausbildung. Der Prüfungsausschuss wählt aus dem Pool der eingereichten Reporte jeweils für Teil 1 und Teil 2 aus und führt ein Fachgespräch. Dabei wird die Plausibilität überprüft und somit festgestellt, ob Ausgebildete als Fachkraft kompetent handeln können.

Wesentliche Prüfungsinstrumente sind dafür der betriebliche Auftrag bzw. die betriebliche Projektarbeit und die Fachaufgabe. Die Instrumente müssen hierfür neu beschrieben werden.

Au berufsspezifischen Gründen kann es notwendig sein, noch folgende weitere Prüfungsinstrumente einzusetzen, die ebenso neu zu definieren sind: Prüfungsstücke bei gestalterischen Berufen, schriftliche Ausarbeitungen, Gesprächssimulationen bei kommunikativen Berufen, Arbeitsproben zum Nachweis spezieller Fertigkeiten.

### **Der Vorschlag für einen schulischen Kompetenznachweis**

Es müssen bundeseinheitliche

Bildungsstandards entwickelt und beispielsweise mit einem Staatsvertrag abgesichert werden. Die Ordnungsverfahren sollten ebenfalls weiterentwickelt werden. Von den Sachverständigen der Ausbildungsrahmenpläne und denen des Rahmenlehrplans sollten abgestimmte Vorgaben für die Abschlussprüfung und die Kompetenzfeststellung erarbeitet werden.

Die Leistungen im Berufsschulunterricht werden ausbildungsbegleitend und nach einheitlichen Kompetenzstandards von der Berufsschule festgestellt. Die Aufgaben könnten von den Berufsschulen gestaltet werden.

### **Ein gemeinsames Abschlusszeugnis**

Die Ergebnisse der Lernprozesse in Schule und Betrieb stehen gemeinsam auf dem Zeugnis. Es setzt sich zusammen aus dem Ergebnis der Abschlussprüfung (ergibt sich aus den Rechtsfolgen für das Ausbildungsverhältnis). Dieses wird vom Prüfungsausschuss unterzeichnet.

Die Ergebnisse der Kompetenznachweise der beruflichen Schulen werden der zuständigen Stelle übermittelt.

Hierfür könnte es ein landesweit abgestimmtes Dokument geben, in dem die bundeseinheitlich festgelegten Kompetenzstandards aufgeführt sind. Unterzeichnet wird es von der zuständigen Lehrkraft und der Schulleitung, die für die Kompetenzfeststellung stehen. Beide Dokumente werden von der zuständigen Stelle den Ausgebildeten übergeben. Eine Gesamtnote wird nicht gebildet.

*Thomas Ressel, Leiter Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik beim IG Metall Vorstand*

# HELP4YOU

Plädoyer für die Errichtung eines „Schrank der kleinen Hilfen“ für Schüler\*innen im beruflichen „Übergangssystem“

Im Bereich der beruflichen Bildung zählen in Hessen die Schulformen

- Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BüA),
- Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung (BzB),
- die zweijährige Berufsfachschule (BFS)
- die einjährige höhere Berufsfachschule (HBFS)
- das kooperative Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)
- das Förderprogramm Praxis und Schule (PuSch B) und
- die Intensivsprachförderklassen „Integration durch Abschluss und Anschluss (IntEA)“

zum sogenannten „Übergangssystem“ von der Schule in den Beruf.

Diese Schulformen werden nicht selten von Lernenden besucht, deren Biografien zahlreiche Brüche und Unwägbarkeiten kennzeichnen. Viele Schulen versuchen deshalb bei Vorliegen besonderer Probleme, Sozialarbeiter\*innen in den Erziehungsprozess zu integrieren.

Deshalb erscheint es wünschenswert, die Schulen zu einem Ort der vielfältigen und alltäglichen Unterstützung auszubauen. Dies können auch kleine Hilfen sein, um beispielsweise persönlich schwierige Situationen schnell zu überbrücken, ohne sich gleich Lehrkräften oder Sozialarbeiter\*innen zu offenbaren - eine niederschwellige, kurzfristige Hilfe also, die dazu führen soll, dass die Betroffenen trotz „Hindernissen“ die Schule betreten.

Eine solche Hilfe könnte ein Schrank oder ein Spind sein, der durch ein offenes Vorhängeschloss einerseits leicht und unkontrolliert zugänglich ist, andererseits nicht

zweckentfremdet geplündert werden soll. Dieser Schrank könnte in einer schulischen Ecke stehen, die nicht leicht einzusehen ist, um auch hier das Stigma der Hilfsbedürftigkeit zu überwinden. Gleichzeitig könnte dieser Schrank mit dem Schild „Help4you“ gekennzeichnet sein und seine Existenz sollte von den Lehrkräften offen mit den Lernenden kommuniziert werden. Auf der Schrankinnenseite könnte ein Verzeichnis kleben, das Auskunft darüber gibt, was der Schrank beinhaltet. Außerdem sollten an dieser Stelle die Schüler\*innen darauf hingewiesen werden, dass sie jeden benötigten Artikel entnehmen



können und – sollte es zweckmäßig sein und den Hilfesuchenden möglich erscheinen – diesen ggf. auch wieder zurücklegen. Darüber hinaus könnte hier eine „Wunschliste“ hängen, was aus Sicht der Betroffenen im Help4you noch ergänzt werden sollte.

Als Inhalt bieten sich beispielsweise folgende Gegenstände an:

- ♦ Jacken, unisex in verschiedenen Größen
- ♦ Kugelschreiber, Schreibhefte und Blätter
- ♦ Solar-Taschenrechner
- ♦ einfache Handys mit einer 5,- € Prepaidkarte
- ♦ ein mit dem Hinweis „Notgroschen“ gekennzeichnetes Sparschwein, aus dem Kleingeld in Höhe von ca. 5,- € entnommen werden kann. Geld-Einwürfe von Schüler\*innen sind natürlich ebenfalls denkbar
- ♦ USB-Datensticks
- ♦ kleine Regenschirme
- ♦ Regencapes
- ♦ abgepackte Kekse
- ♦ kleine Plastikflaschen mit Wasser
- ♦ Hygieneartikel für Frauen
- ♦ Papiertaschentücher
- ♦ eine Liste mit wichtigen möglichen Ansprechpartnern (Jugend- und Drogenberatung, Weißer Ring, Wildwasser, Mädchenhaus usw.).

Schul- und ortsspezifische Ergänzungen oder Modifikationen wie beispielsweise eine Adressenliste wichtiger schulischer und außerschulischer Ansprechpartner\*innen oder auch eine Liste für kostenlose oder günstige Nachhilfe-Kontakte können den Schrank bereichern. Die Beschickung und regelmäßige Nachfüllung könnte einer Schulsozialarbeiter\*in obliegen, die einen jährlichen Nutzungsbericht des Help4you abgibt.

Spenden für ein solches Projekt können sicherlich bei Betrieben oder/und Vereinen eingeworben werden.

**Robert Elbe, StD a.D.**  
**Rainer Horseling,**  
**Ausbildungsbeauftragter**

# ANALYSE DER BILDUNGSPOLITISCHEN VEREINBARUNGEN IM KOALITIONSVERTRAG

Am 07. Februar 2018 wurde der Koalitionsvertrag von den Unterhändlern von CDU, CSU und SPD unterzeichnet und danach von den Parteien beschlossen. Die Bildungspolitik nimmt in den Vereinbarungen einen Schwerpunkt ein. Nach einem Jahr Regierungshandeln stellt nun der Wissenschaftliche Beraterkreis von ver.di und IG Metall, der beide Gewerkschaften in Fragen der Bildungspolitik berät, mit einem weiteren ARGUMENTE-Heft die bildungspolitischen Vereinbarungen und erste Umsetzungsschritte auf den Prüfstand und zeigt mögliche alternative Handlungsperspektiven auf.

In der Summe werfen die bildungspolitischen Vereinbarungen im Koalitionsvertrag mehr Fragen auf als sie beantworten. Einerseits gibt es konkrete, eher kleinteilige Vorschläge, andererseits fehlen die Struktur, ein Umsetzungskonzept und - was am schwersten wiegt - eine konzentrierte bildungspolitische Reformperspektive. Nach einem Jahr fällt das Resümee deswegen kritisch aus. Eine Vielzahl von Gremien und Kommissionen, die auch Fragen der allgemeinen Bildung und der beruflichen Aus- und Weiterbildung fokussieren, arbeitet nebeneinander her. Wenig ist bisher in Gesetzesform gegossen worden. Bis heute ist nicht erkennbar, wann und in welcher Form der **Nationale Bildungsrat** eingerichtet wird. Der gerade beschlossene

**Digitalpakt Schule** kann allenfalls in Ansätzen zu einer besseren Infrastruktur beitragen. Ein Beitrag zu einer notwendigen pädagogisch durchdachten Konzeption zur Medienbildung ist er nicht. Die eingeleiteten Maßnahmen zur **Reform des Berufsbildungsgesetzes** sind höchst umstritten und taugen wenig zu der von den Gewerkschaften

durchlässiges und qualitativ hochwertiges Bildungswesen ein. Mit diesem ARGUMENTE-Heft soll ein Beitrag dazu geleistet werden, die bildungspolitischen Vorhaben der Bundesregierung entlang der Notwendigkeit einer umfassenden und dringend notwendigen Bildungsreform zu diskutieren. In der Analyse der verschiedenen Verab-

redungen und Maßnahmen werden sowohl Defizite aufgespürt wie auch Spielräume und Ansatzpunkte für die anstehenden politischen und gesellschaftlichen Debatten benannt.

Der von den Bildungsbereichen von ver.di und IG Metall koordinierte Wissenschaftliche Beraterkreis leistet seit 15 Jahren eine kritische Analyse des Bildungs- und Be-

schäftigungssystems in Deutschland und gibt auf der Basis der Befunde Empfehlungen für Gewerkschaften, Unternehmen, Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit. Hinweise zu seinem Selbstverständnis, seiner Arbeitsweise, den aktuellen Mitgliedern und seinen Veröffentlichungen findet man auf seiner Homepage:

<https://wissenschaftlicher-beraterkreis.de/>

In: IGM-wap vom 04.03.2019

Das ARGUMENTE-Heft kann digital bei der Redaktion angefordert werden.



ten erwarteten Weiterentwicklung beruflicher Aus- und Weiterbildung im Sinne von Partizipation und Mindestqualität. Zur **Verbesserung der Arbeitsverhältnisse** für die im Bildungsbereich Beschäftigten wurden kaum Aussagen getätigt, geschweige denn Handlungsschritte eingeleitet.

Der Beraterkreis setzt sich für eine Bildungsreform ein, die sich an einem emanzipatorischen Bildungsbegriff orientiert, die auf dem Prinzip der erweiterten Beruflichkeit beruht und die sich an den Kriterien guter Arbeit misst. Er unterstreicht die öffentliche Verantwortung für Bildung und setzt sich weiterhin für ein integratives,



# BERUFLICHE BILDUNG: DIE CRUX MIT DEM MODELLUNTERNEHMEN

Die Lehrpläne innerhalb der beruflichen Ausbildung sind bundesweit nach sogenannten Lernfeldern strukturiert. Einer konsequenten Handlungsorientierung folgend soll so der Berufsschulunterricht vom früheren thematischen Bezug wegkommen - hin zu einem handlungsbezogenen, praktischen Geschäftsprozess, der sogenannten Lernsituation. Dabei handelt es sich um ein didaktisch reduziertes Problem aus dem betrieblichen Alltag, dessen Lösung die Auszubildenden möglichst selbstständig auf Grundlage der „Vollständigen Handlung“ erarbeiten und umsetzen sollen.

Für eine solche unterrichtliche Arbeit erscheint oftmals die Vorgabe eines Modellunternehmens sinnvoll, um mit den gleichen Rahmendaten auch in den nächsten Lernsituationen oder gar in anderen Lernfeldern arbeiten und die betriebliche Praxis besser abbilden zu können. Zudem kann so auch auf Schüler\*innenseite eine Identifikation über ein bekanntes und gemeinsames – wenn auch fiktives – Unternehmen gestiftet werden.

Hierbei stellt sich allerdings die Frage, wie ein „typisches“ verwertungsbezogenes (kapitalistisches) Unternehmen, das als Modellunternehmen die Realität eins zu eins abbildet, dem explizit formulierten Bildungsauftrag der Berufsschule oder der Berufsfachschule gerecht werden kann?

Wofür soll also ein Modellunternehmen „Modell“ stehen, damit es im berufsschulischen Unterricht nicht nur um bloße Funktionalität, also Gewinnerzielung oder Gewinnmaximierung geht? Wie kann in einem

klassischen, kapitalistischem Unternehmen ein kritischer und mündiger Bürger „herangezogen“ werden?

Damit man an einem Modellunternehmen nicht nur die klassischen fachlichen Inhalte unterrichten, sondern vielfältige Lernchancen - vor allem im Sinne des Bildungsauftrags - generieren kann ist es aus unserer Sicht erforderlich, ein **besonderes Modellunternehmen** von der Lehrkraft vorzugeben, welches von besonderen Unternehmensleitsätzen geprägt ist. Diese könnten folgendermaßen lauten:

## **1. Unser höchstes Gut sind unsere Mitarbeiter\*innen**

Deshalb bestimmen sie auch bei allen Entscheidungen gleichberechtigt mit. Wir sind tariflich gebunden und bezahlen übertariflich, weil ihre Ideen und ihr Engagement unser eigentliches Kapital sind. Die Verdienste der einzelnen Mitarbeiter\*innen werden in den einzelnen Abteilungssitzungen regelmäßig mit anschließender Aussprache transparent gemacht. Darüber hinaus ist die Gründung eines Betriebsrats sowie einer Jugend- und Auszubildendenvertretung obligatorisch. Nur so lässt sich „Demokratie“ täglich leben.

Wir führen eine Kantine, in der gesundes Essen – auch vegetarisch und vegan - angeboten wird. Außerdem bietet unser Unternehmen einen Ruhe- und einen Fitnessraum an, der auch während und nach den Arbeitszeiten genutzt werden kann. Weiteren sozialen Einrichtungen stehen wir offen gegenüber (z.B. einer Betriebs-Kita).

## **2. Unser oberstes Ziel ist die Kundenzufriedenheit**

auch wenn dies zu höheren Kosten auf Unternehmensseite führt. Nur zufriedene Kunden kaufen bei uns und kommen immer wieder. Deshalb genießen die fachlichen Beratungsgespräche von Kunden höchste Priorität.

## **3. Unser gesamtes Sortiment bzw. Leistungsspektrum umfasst immer auch regionale, nachhaltig und fair produzierte Waren/Leistungen**

Deshalb ist es uns nicht gleichgültig, wo, wie und unter welchen Bedingungen für Mensch und Natur unsere Waren bzw. Leistungen produziert werden. Darüber sollen alle unsere Mitarbeiter auch den Kunden gegenüber Auskunft geben können.

## **4. Unser Unternehmensverhalten ist stets ökologisch ausgerichtet**

Wir vermeiden nicht verwertbare Abfälle. Bei uns wird deshalb kein Plastik als Verpackungsmaterial verwendet. Es werden weder Versandrückläufer noch Lebensmittel weggeworfen. Unsere Warentransporte, Dienstreisen usw. werden stets so ökologisch wie möglich gestaltet.

Diese Unternehmensleitsätze sollen mit den Auszubildenden besprochen werden. Hierbei ist zu erwarten, dass die Lernenden vielfältige Bedenken gegen ein solches Modellunternehmen hervorbringen: „Das ist unrealistisch!“, „Wo gibt es denn ein solches Unternehmen?“ „Dieses Unternehmen wird nicht lange leben!“ „Seit wann sind denn unsere Betriebe für die Demokratie zuständig?“ usw. . Sicher werden ei-

## Impressum

### Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12 • 60325 Frankfurt • Tel.: 069 / 97 12 930 • Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe

Berufsbildende Schulen

### Layout:

**Matthias Hohmann**

Email: [m.hohmann@gmx.net](mailto:m.hohmann@gmx.net)

### Redaktion:

**Dieter Staudt**

Messeler Straße 3 •  
64390 Erzhausen •  
Tel. : 06150 / 75 69 •

Email: [dstaudt@t-online.de](mailto:dstaudt@t-online.de)

**Ralf Becker**

Tel.: 06142 / 838880

Email: [r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de)

**Auflage: 4600**

### Druckerei:

Druckkollektiv GmbH  
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowieervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

nige Lernende auch nach dem Sinn einzelner Regelungen fragen, weil ihnen der Hintergrund nicht bekannt ist. Wichtig ist, dass die Lehrkraft jeden Punkt dieser Werthaltung erklärt und im Laufe des Unterrichts immer wieder die Schüler\*innen danach fragt, wie diese Punkte in ihren Ausbildungsbetrieben geregelt sind, wo sie welche Probleme befürchten, ob sie gerne in solch einem (Modell-)Unternehmen arbeiten würden usw. - denn in diesem Abgleich stecken die besonderen Lernchancen des Modellunternehmens. Der Vergleich dieser grundlegend anderen Haltung kann dazu beitragen, gewohnte Handlungen, Lebensweisen, Führungsstile usw. kritisch zu hinterfragen.

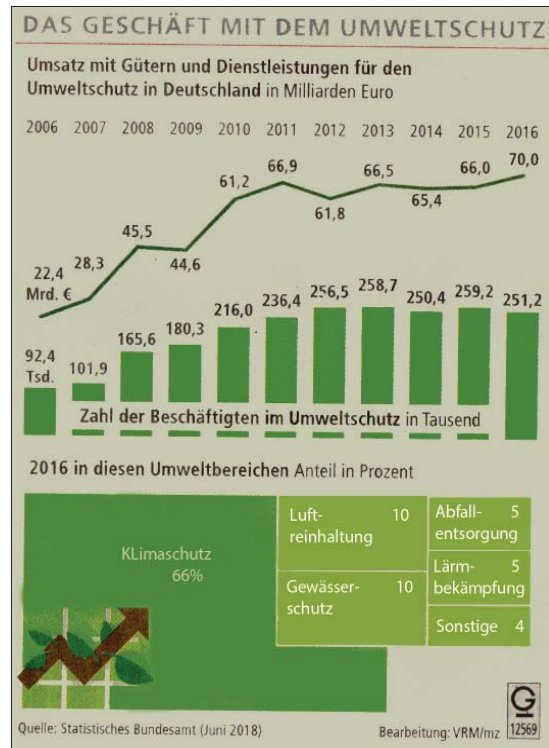
Um dies zu erreichen, ist von der Lehrkraft unbedingt darauf zu achten, dass die Unternehmensleitlinien stets eingehalten werden. Die von den Lernenden in simulierten Team-, Abteilungs- und Vorstandssitzungen, in Betriebsversammlungen, Kundengesprächen oder in geschäftlichen Vorlagen präsentierten Lösungen außerhalb der Leitlinien müssen als solche immer wieder in Frage gestellt und verworfen werden. Denn anders als in realen Unternehmen dürfen die Leitsätze nicht nur auf dem Papier existieren, sondern müssen bei der Problemlösung von den Auszubildenden in vielen betrieblichen Rollen des Modellunternehmens versuchsweise „gelebt werden“.

Soll in einem solchen Modellunternehmen beispielsweise ein neuer Firmen-Pkw beschafft (Angebotsvergleich) oder finanziert (Barkauf vs. Leasing) werden, so sind bei allen Überlegungen nur Antriebsvarianten einzubeziehen, die als „ökologisch“ akzeptabel gelten, weil dies die Unternehmensleitsätze vorgeben. Dabei sind natürlich die Nutzung von Förderprogrammen des Bundes oder Nachteile der

Energieversorgung (z. B. Batterieladezeit) mit in die Überlegungen einzubeziehen. Ähnlich wäre es bei einem Verkaufsgespräch, beispielsweise zu einem Smartphone: Den Kund\*innen müsste mindestens ein faires und nachhaltig produziertes Gerät (Shiftphone oder Fairphone) unter Nennung ihrer Vorteile angeboten werden.

Am Ende dieses Prozesses muss natürlich danach gefragt werden, wie sich die Schüler\*innen in dieser Lernsituation gefühlt haben, was ihnen schwer und was ihnen leicht gefallen ist, und wie ein solches Problem in ihrem Ausbildungsbetrieb behandelt wird (oben beschriebene Konfrontation mit der Realität). Unweigerlich wird es dann auch darum gehen, mit welchen kleinen Schritten sich die betriebliche Realität verändern ließe. Die angeführten Überlegungen lassen sich aus Sicht der Autoren modifiziert auf jedes Berufsfeld übertragen.

**Robert Elbe, StD a.D**  
**Rainer Horseling,**  
**Ausbildungsbeauftragter**



# **BIBB Fachtagung**

## **„Berufliche Aus- und Fortbildung in Zeiten der Akademisierung“ – 25. Juni 2019**

Immer häufiger entscheiden sich Schulabsolventen mit (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung für ein Studium. Gleichzeitig sinkt die Anzahl an Auszubildenden, insbesondere im Bereich der dualen Ausbildungen nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerksordnung (HwO). Eine zunehmende Anzahl praxisorientierter, dualer Studiengänge deutet ebenfalls auf Veränderungen in der Bildungslandschaft hin.

Der Trend zur Akademisierung wirft vielfältige Fragen für die berufliche Bildung auf, insbesondere weil es für Unternehmen zunehmend schwieriger wird, Stellen für fachliche Tätigkeiten qualifikationsadäquat zu besetzen. Wie einem Attraktivitäts- und Bedeutungsverlust beruflicher Aus- und Fortbildung erfolgreich entgegengewirkt werden kann, soll denn auch Thema der Fachtagung „Berufliche Aus- und Fortbildung in Zeiten der Akademisierung“ sein.

**Die Fachtagung setzt sich deshalb zum Ziel,**

- Fragen im Kontext der Akademisierung mit vielfältigen thematischen und methodischen Zugängen wissenschaftlich zu beleuchten,
- Perspektiven aus der beruflichen Praxis aufzunehmen und
- zur Förderung des Wissenschaft-Praxis-Dialogs Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis abzuleiten.

Näheres unter [www.bibb.de](http://www.bibb.de)

## **Die digitalisierte Arbeitswelt: Herausforderungen für das Lernen in Schule und Ausbildung**

***Bundesweite Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer der allgemein- und berufsbildenden  
Schulen 22.05. - 24.05.2019 IG Metall Bildungsstätte Berlin***

Mit der zunehmenden Digitalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche sind enorme Veränderungen in der Arbeitswelt sowie im Bildungsbereich verbunden. Auf welche Arbeits- und Lebenswelt müssen Lehrkräfte Schülerinnen und Schüler vorbereiten? Welche Chancen und Risiken birgt die Digitalisierung in Bezug auf Bildungskonzepte, Arbeitsinhalte, Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsformen? Wer wird künftig überhaupt noch gebraucht? Welche Qualifikationen und Kompetenzen werden benötigt? Wie bilden Betriebe für diese Arbeitswelt aus? Was bedeuten die Veränderungen für die schulische Berufsbildung, Berufsorientierung und Medienbildung? Wie können Schüler\*innen und Auszubildende dazu befähigt werden, ihre Berufsbiografie zu gestalten und in der digitalen Arbeitswelt ihre Interessen zu vertreten?

Diese und andere Fragen sollen im Seminar sowie im Gespräch mit gewerkschaftlichen und betrieblichen Expert\*innen bearbeitet werden.

In einem Betrieb der Metallindustrie haben die Teilnehmer\*innen die Möglichkeit, die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und deren Veränderung durch die Digitalisierung zu erkunden.

Die Seminarinhalte und die Erkenntnisse aus dem Betriebsbesuch werden im Hinblick auf den Transfer in die eigene Arbeit als Lehrkraft sowie in die Gestaltung von Schule und Unterricht reflektiert.

Kontakt: Martina Schmerr, [Martina.Schmerr@gew.de](mailto:Martina.Schmerr@gew.de)

Kosten: Die Seminarkosten für Gewerkschaftsmitglieder werden übernommen. Reisekosten sind selbst zu tragen.